

Zeitschrift: Schweizer Raiffeisenbote : Organ des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen
Herausgeber: Schweizer Verband der Raiffeisenkassen
Band: 67 (1979)
Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER

Februar 1979
67. Jahrgang
Erscheint monatlich
Auflage über 35 000

Organ des
Schweizer Verbandes
der Raiffeisenkassen

2



RAIFFEISENBOTE



Krienseregg mit Pilatus

Grundsätze und Stärke des Crédit Mutuel in Frankreich

Vortrag von Théo Braun, Präsident des Raiffeisenverbandes von Frankreich,
am Jubiläumsseminar an der Hochschule St. Gallen im Frühjahr 1978

Unsere Vorgänger hatten den Genius aufgebracht, Aktion und Überlegung eng zu verbinden. Ich benütze die Gelegenheit dieses Gedenkjahres, um diese Männer der Tat, die als Männer des Geistes handelten, diese Männer des Geistes, die als Männer der Tat überlegten, zu begrüssen.

Aus ihrem Gedankengang habe ich die Bejahung der menschlichen Person entnommen, die Bejahung der sozialen Dimension des Menschen, sowie den Appell an eine freie und verantwortliche Solidarität.

Wenn ich diese Ideen privilegiere, so deshalb, weil sie uns zur Generosität und Kreativität einladen.

Aus dieser Überlegung heraus werde ich versuchen, die Geschichte des Crédit Mutuel sowie die Geschichte der Entwicklung seiner Aufgaben und Funktionen darzustellen, d. h. was heute die Originalität und die Stärke unserer Bewegung und unserer Unternehmen ausmacht: Die Spar- und Kreditgenossenschaften, die sich immer mehr zur Universalbank orientieren, haben sie noch eine Originalität, einen Grund, spezifisch zu sein?

Der Crédit Mutuel ist eine genossenschaftliche Spar- und Kredit-Institution, organisiert nach den Prinzipien des Föderalismus.

Die Lokalkassen des Crédit Mutuel – juristisch in Form von Genossenschaften – bilden unter sich in den verschiedenen Regionen einen Regionalverband und eine Verbandskasse. Diese Regionalverbände haben im nationalen Rahmen die Confédération Nationale und die Caisse Centrale gegründet. Die 21 Regionalverbände zählen 1978 rund 3000 Kassen, die 40 Milliarden FF verwalten, was den Crédit Mutuel im 6. Rang der Depositenbanken plaziert. Der Crédit Mutuel ist also in seinen Aktivitäten und seiner Organisation den Raiffeisenbanken in der Schweiz sehr ähnlich. Der originellste Charakterzug dieser Unternehmen liegt meines Erachtens darin, den materiellen Bedürfnissen seiner Mitglieder zu entsprechen, aber auch gleichzeitig im fundamentalen Streben nach einem würdigen Leben. Ihre wirtschaftliche Zielsetzung kann nicht getrennt werden vom Streben nach einer gerechteren und solidarischen Welt, in der die demokratischen Prinzipien den Vorrang haben. Dies hat sich seit der Gründung dieser genossenschaftlichen Unternehmen, die auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, nicht geändert. Und trotzdem weisen diese Unternehmen, so wie ihr

Ideal, eine erstaunliche Vitalität auf. Sie folgen damit der allgemeinen Regel der Entwicklung, von der François Perroux sagte: «Was wächst, ändert sich im Wachsen».

Es wäre deshalb falsch, eine lineare Sicht der Dinge zu haben; es wäre falsch, von uns zu glauben, dass sich die Welt, die Unternehmen usw. unabhängig voneinander entwickeln. Im Gegenteil, wir müssen uns bewusst sein, dass zwischen unseren Unternehmen und ihrer Umwelt eine grosse Interaktion besteht.

Dies gilt für alle Institutionen. Ich werde mich jedoch auf den Crédit Mutuel beschränken, den ich besser kenne. Die Welt ändert sich, die Bedürfnisse auch. In jedem Augenblick seiner Geschichte, gestern wie heute, konnte der Crédit Mutuel eine konkrete Antwort auf spezifische Bedürfnisse geben. Der Crédit Mutuel entstand im neunzehnten Jahrhundert in einer Zeit der zügigen Industrialisierung. Er ist sogar aus dieser Erscheinung hervorgegangen, und zwar als Reaktion auf gewisse Missstände oder gewisse Lücken.

Die industrielle Entwicklung hat sicherlich zur Schaffung von Reichtum und Wohlstand sowie des Fortschritts beigetragen, aber die Arbeiterklassen in den Städten und auf dem Lande waren sehr oft davon ausgeschlossen, während sie gleichzeitig unter einer moralischen und auch psychologischen gesellschaftlichen Randstellung litten.

Wenngleich der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung des neunzehnten Jahrhunderts durch eine aussergewöhnlich grosse Anhäufung von Reichtum geprägt war, so vollzog sich doch gleichzeitig damit auch eine nicht weniger beträchtliche Konzentration des menschlichen Elends.

Da war die Not des kleinen Bauern, der an sein Land gebunden war und, weil er nicht genug Geld hatte, um das Saatgut für die nächste Ernte zu kaufen, sich Geld leihen musste und somit seinen Ertrag gleichsam verpfändete. Da war die Not des Arbeiters, der seinen Lebensunterhalt auf Kredit erwerben musste, manchmal sogar sein Brot.

Diese beiden Gruppen wurden in regelrechter Sklaverei gehalten, die gesetzlich zulässig war, und zwar durch das Recht des Wuchers.

Die Wucherer ketteten diejenigen an sich, die in Ermangelung genügender Garantien von der Gewährung eines Bankkredites ausgeschlossen waren. Indem sich Arbeiter und Bauern verbänden, entfaltete sich die Spar- und

Kreditgenossenschaft quasi als Verteidigungsmittel. Durch die Einrichtung der solidarischen Verantwortung wurde dann auch das Problem der Garantien gelöst.

Als «Tochter des Elends und der Bedürfnisse» entsprach dieses Unternehmen auf konkrete Weise den Bedürfnissen der Ausgeschlossenen und stellte ihnen eine Moral der gegenseitigen Hilfe auf, die ihrem Leben wieder Wert und Echtheit gab.

Die Pioniere dieses umfassenden und grosszügigen Unternehmens sind: Raiffeisen in Deutschland, Ludovic de Besse oder Louis Durand in Frankreich sowie später auch Desjardins in Kanada. Sie haben aus dem Personenverband ein Mittel zur Ausweitung der menschlichen Würde und aus dem Kredit ein Mittel der sozialen Befreiung gemacht. Sie haben der Spar- und Kreditgenossenschaft ihren Schwung sowie gleichzeitig auch die Mittel für ihre Leistungsfähigkeit gegeben.

Der Crédit Mutuel hat es verstanden, auf die wirklichen Bedürfnisse einzugehen sowie menschliche und wirkungsvolle Lösungen anzuwenden. Deshalb erfuhr er – der den wirtschaftlichen Bereich ausgewählt hatte, um gegen die Ungleichmässigkeiten zu kämpfen und der auch «eine institutionelle Lücke füllte» – eine erfreuliche Entwicklung, die ihn heute an eine gute Stelle unter den französischen Kreditinstituten bringt.

Dem Crédit Mutuel war Erfolg beschieden. Doch seine Aufgabe ist noch nicht ganz endgültig vollendet. Und seine Tätigkeit wickelt sich heute in einem anderen Rahmen ab. Der Wucher existiert natürlich nicht mehr in seiner ursprünglichen Form. Regelungen haben ihn etwas unter Kontrolle gebracht, und die Banken haben sich jeder Gesellschaftsschicht gegenüber geöffnet.

Die Entwicklung der Bedürfnisse und Ansprüche selbst ist dieser Tendenz gefolgt. Um auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder einzugehen, haben sich unsere Unternehmen darum bemüht, ihr Betätigungsfeld weiter auszuweiten und sich auf die «universelle Bank» hin zu orientieren. Diese nicht mehr umkehrbare Entwicklung scheint positiv zu sein. Ich würde sogar sagen, dass sie noch ausgeprägter werden wird.

In Frankreich finanzieren unsere Unternehmen in gewissem Masse die Landwirtschaft, in bedeutenderem Umfang Wohnungen und deren Einrichtung und legen jedoch immer mehr Wert auf die Befriedigung des Gemeinschaftsbedürfnisses.

Die Lebensqualität löst im Geiste vieler Menschen den Lebensstandard ab. Die Verbesserung unserer Umwelt, der Ausbau unserer Freizeit und die Ausdehnung der Aktivitäten auf dem Bildungs- und Ausbildungsbereich bedürfen des Tätigwerdens unserer Unternehmen, die ihre Methoden und ihre Technik an diese neuen Ansprüche anpassen müssen, ohne jedoch dabei die Befriedigung der traditionelleren Bedürfnisse der Einzelnen und der Familie aufzugeben oder zu vernachlässigen. Durch eine Orientierung auf die universelle Bank hin haben unsere Unternehmen nicht den Geist der Dienstleistung verloren, der ihnen immer eigen war, da sie ja kein lukratives Ziel im Sinne haben. Sie stehen also als ein Beweissektor da, der in direkte Konkurrenz mit den anderen Bankunternehmen tritt. Sie sind eines der zum Funktionieren unserer gesamten pluralistischen Wirtschaft notwendigen Elemente.

Aber darüber hinaus würde ich noch sagen — und das scheint mir wesentlich zu sein —, dass das charakteristische Merkmal unserer Zeit nicht mehr so sehr der Ausschluss und die Randstellung gewisser Einzelner ist — obwohl es natürlich noch sehr viele eklatante Ungleichheiten gibt — wie die zunehmende Auflösung der Gesellschaft, und darunter verstehe ich die unweigerliche Spaltung unter den Menschen sowie die Aufspaltung von Persönlichkeiten, die aus dem Menschen ein «zerstückeltes Individuum» machen.

Heute leiden tatsächlich nur wenige einzelne Gruppen an dem Schicksal des Ausgeschlossenenseins, der Randstellung. Aber jede dieser Gruppen leidet an der zunehmenden Auflösung der sozialen Beziehungen. Und jeder Mensch innerhalb der verschiedenen Gruppen ist den Nachwirkungen dieser Erscheinung ausgesetzt, so wie er in einer zunehmenden Isolierung eingeschlossen ist.

Diese Isolierung beschränkt sich übrigens nicht nur lediglich auf die Opposition zwischen ihm und den anderen, sondern sie führt auch zu einer Spaltung seiner Individualität. Er kann sich folglich nicht mehr in seiner Integrität als menschliche Person verstehen.

Diese Opposition und diese Spaltung werden durch den absoluten Wert, den man dem Geld, das sehr häufig ein reiner Selbstzweck wird, beimisst, noch weiter verstärkt.

Denn jeder will immer mehr Geld besitzen, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass er sich von allen anderen — vielleicht sogar aus Opposition — unterscheidet.

Aber gleichzeitig — und das ist das Paradoxe — unterliegt dieses Geld voll und ganz entweder der Konsumierung oder der Hortung; auf lange Sicht gesehen ist diese Verschwendung oder Verherrlichung einfach unproduktiv. Und das

Geld stellt sich schliesslich wie ein materielles Hindernis zwischen den Menschen, wobei es doch als Mittel zum Tausch und als Bindeglied dienen sollte, was ihm ja seinen wahren Wert erst gibt.

Auf sozialer Ebene befinden wir uns folglich in einer Entwicklung der Streitigkeit in den Beziehungen zwischen den einzelnen sozialen Kategorien und innerhalb dieser einzelnen Kategorien selbst. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, bei denen sie von jeder Seite in die Isolation und die Opposition getrieben worden sind, greifen die Menschen vor allen anderen Lösungen lieber zur Gewalt. Und damit sind wir dann in eine Konfliktgesellschaft geraten.

Angesichts dieser Konfliktsituation, die eine wahre Erscheinungsform unserer Gesellschaft ist, wird sich jeder Einzelne, selbst innerhalb seiner Gruppe, immer mehr isolieren. Um sich gegen die anderen zu schützen, zieht sich der Mensch immer mehr in sich selbst zurück. Aber er findet in diesem Zurückziehen nicht die innere Ruhe einer gerechten Lösung, denn um sich vor den anderen zu schützen, muss er sich selbst teilen. Er muss immer mehr grundlegende Wünsche aufgeben. Dieser Verzicht und diese Stückelung oder Spaltung führen zu einer Resignation angesichts der Vielfalt der Probleme unserer Zeit und angesichts der eigenen Lebensführung jedes Einzelnen.

Dadurch, dass man dem modernen Menschen nur die Wahl zwischen den defensiven Lösungen der Frustration und der Verleugnung seiner Integrität als menschliche Person lässt, lenkt man ihn auf die Bahn, die ihn dazu führt, seine eigene Verantwortlichkeit aufzugeben, und man etabliert somit eine Mentalität der Hilfsbedürftigkeit.

Diese kurze Analyse ermöglicht es uns zu sehen, wie sich die gegenwärtige Mission der Spar- und Kreditgenossenschaft profiliert.

Durch ihren Entschluss, den schadhafenden Tendenzen unserer zeitgenössischen Gesellschaft entgegenzuwirken — Tendenzen, die eine Opposition fördern und sich auf den Verzicht der Verantwortlichkeit hin orientieren — bezieht die Genossenschaft die Stellung einer Art Gegengift.

Durch ihre unterschiedliche Betrachtungsweise hinsichtlich des Geldes und ihre unterschiedliche Art, damit umzugehen, kann die Spar- und Kreditgenossenschaft eine neue und gemässigte soziale Haltung im Hinblick auf die schnellen Veränderungen, die an unseren sozialen Einrichtungen rütteln, erzeugen. Alle historischen und kulturellen Traditionen unserer kooperativen Bewegung müssen als Grundlage für die notwendigen Veränderungen dienen, die daraus ein beispielloses und wirksames Mittel einer allen Menschen zugänglichen Vereinigung machen, ungeachtet ihrer

Februar 1979
67. Jahrgang

**Organ des Schweizer Verbandes
der Raiffeisenkassen**

Herausgeber und Verlag

Schweizer Verband der Raiffeisenkassen
Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen
Telefon 071 209111
Telex RKSG 71231 ch

Redaktion

Dr. A. Edelmann, Direktor
Dr. Th. Wirth, Direktionssekretär
Redaktionelle Zuschriften:
Schweizer Verband der Raiffeisenkassen,
Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Druck und Versand

Walter-Verlag AG, 4600 Olten
Telefon 062 217621

Inserate

Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen
Telefon 071 222626

sowie sämtliche ASSA-Filialen

Adressänderungen

Adressänderungen, Neuabonnenten und Abmeldungen ausschliesslich durch die Raiffeisenkassen und mit vorgedruckter grüner Mutationskarte direkt an
Walter-Verlag AG, Abteilung EDV,
Postfach, 4600 Olten 1

Aus dem Inhalt

Das Genossenschaftswesen in der Schweiz	37
Zur Wirtschafts- und Geldmarktlage	38
Der Index der Konsumentenpreise als Barometer der wirtschaftlichen Stabilität	40
Agrarpolitische Hauptprobleme aus bäuerlicher Sicht	44
Kantonsfinanzen auf dem Gleichgewichtspfad	48
Verminderte Umsätze im Kleinhandel	48
Eindrücklicher Umschwung bei den Kantonsausgaben	48
Wassermangel im Jahre 2015	49
Raiffeisenkasse führt zu erfolgreicher Hilfsaktion	53
Lesermeinung — Zum Artikel «Bankeninitiative»	53

Meinung und Überzeugung, wenn sie nur diese Fülle wiederfinden sollen, die schon viel zu lange von unserer Gesellschaft so schlecht gehandhabt wurde. Unsere Strukturen und unsere Funktionsweise – vorbehaltlich einiger Anpassungen – scheinen mir in der Lage zu sein, diesen grundlegenden Bedürfnissen nach mehr Solidarität und mehr Verantwortung gerecht zu werden. Auf der einen Seite ermöglichen unsere Strukturen – die sicherlich noch verbessert werden können – eine aktive Teilnahme an der Einleitung eines wirklichen Dialogs, der nicht um die Schwierigkeiten herum redet, sondern sie eher im Rahmen ständiger Bemühungen einer Lösung näher bringt.

Auf der anderen Seite ist es möglich, dass Spareinlagen und Kredite miteinander dem Geld seinen positiven Wert als soziales Bindeglied zurückgeben. Wenn es immer wahr ist – ungeachtet der Art der Spareinlagen oder der Investitionen –, so trifft dies noch mehr oder noch ausgeprägter für solidarische Gruppen zu, wo der Kreis «Sparen—Investieren» ziemlich klein ist. Das Bewusstsein, dass man sich von der so entstandenen Bindung bildet, ist um so deutlicher, je proportionierter sie ist, d. h. je mehr sie einen menschlichen Umfang annimmt. Die Person, die Spareinlagen leistet oder Kredite auf-

nimmt, findet aufgrund dieser Vorgänge die Echtheit einer neuen sozialen Bindung wieder.

Von daher kann ein jeder durch die Bindungen mit dem anderen dieses Verlangens nach Gesellschaftlichkeit konkretisieren, von der die Zusammenarbeit in jeglichem Ausmass zweifelsohne zu unserer Zeit eine der vielversprechendsten Form ist.

So kommt es dann auch dazu, dass materielle Hindernisse, die die Menschen gegeneinander auflehnen und die Konflikte noch verschärfen, sich immer mehr auflösen.

So kommt es dann auch dazu, dass sich der Weg zu einer Gesellschaft der Übereinstimmung öffnet, in der die menschlichen Beziehungen auf der Fähigkeit beruhen, auf den anderen einzugehen, sowie das eigene Engagement bei der Suche nach Lösungen von Problemen, die in dem täglichen Leben der Menschen auftauchen, zu verstärken.

Zusammenfassung

Die Geschichte unserer Einrichtungen hat uns ihre Rolle und ihre eigenen, immer wieder neu gestalteten Funktionen entdecken lassen.

Die Welt hat sich geändert und die Bedürfnisse haben sich geändert. Aber zu jedem Zeitpunkt der Geschichte haben unsere Institutionen eine Eigentümlich-

keit besessen: eine konkrete Antwort auf spezifische Bedürfnisse zu bringen sowie ihr wirtschaftliches Ziel im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit zugunsten einer ausgeglicheneren und gerechteren sowie solidarischeren Welt, wo die demokratischen Prinzipien vorherrschen, durchzuführen.

Es scheint mir, dass man dem Ziel der kooperativen Bewegung heute besser Ausdruck verleihen kann, wenn man sich in den Dienst «aller Menschen» stellt.

Die Förderung einer neuen und ausgeglicheneren sozialen Einstellung im Hinblick auf das Geld, die Menschen miteinander zu versöhnen sowie den Wert der menschlichen Person zur Geltung zu bringen, scheinen wesentliche Aufgaben zu sein.

Ich glaube im übrigen, dass wir das, was wir über die Beziehungen zwischen den Menschen gesagt haben, auch auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern anwenden können.

Die Bereitschaft, diese umfassende Kette der Solidarität, deren einzelne Glieder bereits in zahlreichen Ländern existieren, sich über die ganze Welt ausdehnen zu lassen, wäre sicherlich ein wertvoller Beitrag zur Lösung der wirklichen Entwicklungskrise, der wir uns derzeit gegenüber sehen.

Skigebiet auf der Melchsee-Frutt



Das Genossenschaftswesen in der Schweiz

Von Dr. Hans Popp, Vizedirektor der Abteilung für Landwirtschaft*

Die Schweiz ist ein Land, in dem der genossenschaftliche Gedanke schon früh lebendig war und das Handeln der Menschen bestimmte. Die Gründung unseres Staatswesens vor bald 700 Jahren war eine genossenschaftliche Tat, inspiriert von den Gedanken der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfeleistung. Die Bauern der Urschweiz hatten bereits vorher solche Verbindungen gelebt und erfahren in den Alp- und Allmeindgenossenschaften; Gebilde, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten konnten. In den Städten waren es die genossenschaftsähnlichen Zünfte der verschiedenen Berufsstände, die nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Leben mitbestimmten. Der Zusammenschluss zur Schweizerischen Eid-Genossenschaft war die Weiterführung und Verwirklichung der genossenschaftlichen Ideale im politischen Bereich.

Der eigentliche Beginn und Aufschwung des *modernen Genossenschaftswesens* erfolgte bei uns, ähnlich wie in den Nachbarländern, in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts.

Die industrielle Revolution und das anbrechende technische Zeitalter brachten Konzentrationen wirtschaftlicher Macht und neue Abhängigkeitsverhältnisse. Der Zusammenschluss in der Genossenschaft war eine gute und wirksame Verteidigungsstrategie.

In der Landwirtschaft erfolgte, zum Teil aufgrund äusserer Einflüsse, ein Übergang von der Selbstversorgungswirtschaft zur arbeitsteiligen, spezialisierten Marktproduktion. Auf Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs folgten Krisen und Zusammenbrüche.

Es war die Zeit, da in Deutschland Friedrich Wilhelm Raiffeisen eigene Kreditkassen gründete und die genossenschaftliche Idee weit über die Grenzen seines Landes hinausstrug. In der Schweiz war es dann vor allem dem Pioniergeist eines Pfarrers Traber von Bichelsee zu verdanken, dass die Darlehenskassen in unseren Dörfern rasch an Verbreitung und Beliebtheit gewannen. Heute gibt es bei uns 1190 Raiffeisenkassen, über das ganze Land verteilt, mit über 200 000 Mitgliedern. Sie sind in ländlichen Gegenden nach wie vor der hauptsächlichste Kreditgeber für Landwirtschaft und Kleingewerbe; sie sind ein wichtiges Instrument in der Entwicklung des ländlichen Raumes. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieses genossenschaftliche Modell in zunehmendem Mass auch von den Entwicklungsländern studiert und übernommen wird.

Es war dann vor allem *die Landwirt-*

schaft, wo die genossenschaftliche Idee auf guten Nährboden fiel. Auf den Zusammenbruch der Getreidepreise in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts reagierten unsere Bauern durch eine massive Umstellung auf Milchproduktion. Die Milchverwertung wurde gemeinschaftlich organisiert, und so schossen die *Käsereigenossenschaften* wie Pilze aus dem Boden. Sie schlossen sich in Regionalverbänden und diese schliesslich im Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten zusammen. Dieser starke Verband umfasst heute praktisch sämtliche Milchproduzenten, organisiert in 4643 Genossenschaften.

Dieser Verband und seine Genossenschaften erfüllen wichtige Aufgaben im Dienste einer geordneten Milchversorgung unseres Landes sowie der Qualitäts- und Absatzförderung. Sie sind, darüber hinaus, in neuester Zeit aufgerufen, die Selbsthilfe auch auf dem *Gebiete der Produktionslenkung* zum Tragen zu bringen. Sie sind nämlich tatkräftig daran, eine unvermeidlich gewordene Kontingentierung der Milchproduktion im ganzen Lande durchzuführen. Dies ist eine echte Selbsthilfefaufgabe, weil nur so der drohende Zusammenbruch des Milchpreises infolge Überproduktion verhindert werden kann.

Eine *weitere Säule* der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung in unserem Land sind die *Bezugs- und Absatzgenossenschaften*, die sowohl für die Vermittlung der vielfältigen landwirtschaftlichen Hilfsstoffe wie auch für den Absatz der Agrarerzeugnisse besorgt sind. Auch diese Genossenschaften sind in Regionalverbänden zusammengeschlossen, von denen der grösste, der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, bereits im Jahre 1886 gegründet wurde.

Die schweizerische Dachorganisation, die Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände mit Sitz in Winterthur, umfasst rund 1100 Genossenschaften. Diese Genossenschaftsverbände — deren führende Präsesanten hier an ihren Arbeiten teilnehmen — sehen es als eine ihrer Hauptaufgaben an, die soziale Integration der Landbevölkerung und der Landwirtschaft in die Gesamtgesellschaft zu erleichtern. Sie sind damit zu einem wichtigen Faktor und Partner für die Agrarpolitik im Industriestaat geworden.

Dasselbe trifft, zumindest in grundsätzlicher Hinsicht, auch zu für die übrigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die zum Teil erst später entstanden

sind, deren volkswirtschaftliche Bedeutung aber nicht minder wichtig ist. Ich denke da zunächst an die über 2000 Viehzuchtgenossenschaften, zusammengeschlossen in den Viehzuchtverbänden, an die ebenso zahlreichen Viehversicherungsgenossenschaften und an die Verwertungsgenossenschaften für wichtige Produktionszweige, wie Obst, Schlachtvieh, Eier, Geflügel, Gemüse und den Weinbau.

Recht vielfältig und meist neueren Datums sind schliesslich die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse in der *landwirtschaftlichen Produktion* und in der *Nutzung von Betriebsmitteln*, wie beispielsweise die Baugenossenschaften, die Maschinengemeinden bis hin zu den Saatzucht- und Weidegenossenschaften und den Gemeinschaftsställen. Der Erfindergeist für genossenschaftliche Selbsthilfe kennt, so will mir scheinen, kaum Grenzen.

Unsere Agrarpolitik baut auf der *Selbsthilfe*; sie fördert daher die Genossenschaften in mancher Hinsicht, wenn auch nicht in allen Bereichen gleichermaßen. Wir haben gemeinsame Ziele. Nach *Professor Jaggi* ist es ja «eine besondere Aufgabe auch des landwirtschaftlichen Genossenschafts- und Organisationswesens, die freien bäuerlichen Familienbetriebe nach Möglichkeit zu stärken».

So sympathisch und wichtig für den Staat die Selbsthilfe ist, so muss dieser andererseits immer darauf achten, dass die Spiesse möglichst gleich lang bleiben; dass also der Wettbewerb zwischen der privaten Unternehmerwirtschaft und den Genossenschaften nicht verfälscht wird. Es bleibt auch so noch genügend Spielraum für die Entfaltung der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Diese vermehrt auszudehnen auch auf jene Bereiche, wo man immer noch fast selbstverständlich nach der Hilfe und dem Eingreifen des Staates ruft, scheint mir das *aktuelle Anliegen*. Einen solchen Bereich sehe ich, wie bereits angedeutet, vor allem bei der Steuerung des landwirtschaftlichen Angebotes. Wenn die Genossenschaften auch hier jene Phantasie, jene Tatkraft und schliesslich jenes Erfolgsstreben zur Anwendung bringen wie bei der Steigerung der Produktion und der Organisation des Absatzes, dann kann vielleicht eines der schwierigsten Probleme der mittelfristigen Agrarpolitik — das Überschussproblem — partnerschaftlich und besser gelöst werden; zum Wohle der Bauern und der ganzen Gemeinschaft.

* Vortrag, gehalten an der 9. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung an der Universität Freiburg, 17.–20. Sept. 1978



ZUR WIRTSCHAFTS- UND GELDMARKTLAGE

6.–26. Januar 1979

Zwei Prozent Wirtschaftswachstum

Unter der Annahme stabiler realer Wechselkurse dürfte das reale Brutto-sozialprodukt der Schweiz nach Meinung der Schweizerischen Nationalbank 1979 um 1,5 bis 2 Prozent zunehmen. Hauptstütze der inländischen Wirtschaftsentwicklung dürfte dabei der private Konsum von Gütern und Dienstleistungen bilden, der rund drei Fünftel des Brutto-sozialproduktes ausmacht. Massgebend zur Steigerung der privaten Ausgaben für Güter und Dienste dürften nach Meinung der Nationalbank die zu Beginn des laufenden Jahres erfolgten Realloohnerhöhungen sowie die mancherorts angekündigten Gemeinde- und Kantonssteuersenkungen beitragen. Zu erwarten sei, dass der Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit durch eine erhöhte private Baunachfrage mindestens ausgeglichen werde, so dass die Bauproduktion gleich wie im Vorjahr wachsen werde. Aufgrund der 1978 eingetretenen Höherbewertung des Frankens sei anzunehmen, dass der Druck auf die Erneuerung und Rationalisierung der Produktionsanlagen anhalten werde.

Die Zunahme der mengenmässigen Exporte, fährt die Nationalbank in ihrem Monatsbericht Januar fort, könne für 1979 etwa im Rahmen des Wachstums des Welthandelsvolumens erwartet werden. Der Export von Dienstleistungen werde sich vermutlich hauptsächlich aufgrund von wechselkursbedingten Einbussen im Fremdenverkehr nicht mehr im Ausmasse des letzten Jahres ausdehnen. Das reale Wachstum der Importe von Investitionsgütern sowie von Rohstoffen und Halbfabrikaten werde wegen der als überhöht beurteilten Lager abnehmen.

Die Nationalbank unterstreicht in ihrem Bericht erneut ihre Entschlossenheit, die am 1. Oktober 1978 bekanntgegebene Wechselkurspolitik fortzuführen, um der Wirtschaft die nach den hektischen Kursbewegungen des letzten Jahres dringend nötige Erholung zu ermöglichen. Die mit den weiteren Dollarkäufen eingeleitete Verflüssigung des Geldmarktes habe im neuen Jahr einen weiteren Rückgang der Zinssätze auch im Obligationenmarkt ausgelöst. Niedrige Zinssätze, insbesondere für langfristige Mittel, seien bei nach wie vor zag-

hafter inländischer Investitionstätigkeit sehr erwünscht.

Bemerkenswert im erwähnten Nationalbankbericht ist zweierlei: einmal der Konjunkturoptimismus, der den Rahmen aller bisher veröffentlichten Prognosen sprengt. In sämtlichen um die Jahreswende herausgekommenen Voraussagen war bestenfalls mit einem einprozentigen realen Wachstum gerechnet worden. Noch auffallender ist jedoch die Annahme, welche die Nationalbank ihrer Prognose zugrunde legt: «reale stabile Wechselkurse». Damit unterstellt unser Noteninstitut im Grunde nichts anderes, als dass es im Laufe des Jahres zu einer Anpassung der nominellen Kurse im Rahmen der Inflationsdifferenzen kommen könnte.

Schuld allein ist nicht der Frankenkurs

Wer heute über eine Betriebsschliessung in der Schweiz hört, kennt die Ursache bereits: im Zweifel, der hohe Frankenkurs! Eine andere Erklärung ist – so scheint es – schon gar nicht mehr erwünscht. Der hohe Frankenkurs gilt als der gesuchte Prügelknabe oder, besser gesagt, bereits als willkommene Entschuldigung auch für andere Mängel, wie eine Umfrage einer Wirtschaftszeitung zu Jahresende 1978 bei den grössten schweizerischen Treuhandunternehmen ergab.

Bekanntlich haben Treuhandgesellschaften den besten Einblick in die Finanzverhältnisse von Unternehmen. Keine einzige Treuhandfirma nannte den hohen Schweizer-Frankenkurs als alleinigen Grund für Unternehmensschwierigkeiten. Auch stand die Währungsfrage nicht an erster Stelle. Noch immer werden zuerst struktur- bzw. branchenspezifische Probleme genannt, der starke Einfluss der Rezession, fehlende Kostenkontrolle, mangelnde Budgetplanung und Führungsschwächen. In dieser Reihenfolge!

Die währungsbedingte Situation stellt zwar ein wichtiges Element, doch selten den eigentlichen Grund für die Aufgabe der Geschäftstätigkeit dar. Neben der als Hauptursache geltenden rezessiven Wirtschaftslage, die viele Unternehmen hart traf, scheinen in Einzelfällen auch andere Gründe ausschlaggebend gewesen zu sein, wie zum Beispiel Nachfolgeprobleme, betriebliche Ver-

grösserungen (die zur Folge von starken Umsatzrückgängen zu ungedeckten Kapazitätskosten führten) oder ganz allgemein ungenügende Liquiditätsverhältnisse mit schlagartig eintretenden Zahlungsengpässen. Fast immer aber war es eine Kumulation von verschiedenen Umständen, die zu Schwierigkeiten führten.

Alles in allem also lässt sich über die wahren Gründe von Betriebsschliessungen festhalten: Der Frankenkurs ist ganz gewiss nicht allein, geschweige denn an allem schuld.

Spitzensport und Werbung

Der winterliche Spitzensport läuft auf Hochtouren. Doch der Einsatz auf schnellen Brettern und schmalen Kufen dient nicht nur sportlichem Ruhm: Skizirkus und Eisstadien sind auch Plätze lukrativer Verkaufsförderung. Ob Heini Hemmi seine Ski vor die TV-Kamera hält oder der SC Bern mit dem Signet einer Versicherungsgesellschaft übers Eis flitzt, Geschäft und Wintersport sind nicht zu trennen. «Alles fährt Ski» hiess das Motto zu Beginn der sechziger Jahre. Es leitete die Breitenwirkung des Wintersports ein. Hinzu kam das Fernsehen mit internationalen Ski-, Eishockey- und Bob-Übertragungen. Jeder zweite Schweizer ist heute laut einer Repräsentativumfrage am Wintersport «sehr interessiert».

Sportgeräte- und Bekleidungshersteller, Bergregionen und Transportunternehmen haben dieses Interesse rasch versilbert. Heute ist der Wintersport ein Milliarden-Geschäft. Doch auch Branchenfremde haben die weisse Arena entdeckt – allen voran die Werbung: An Pistenrändern, auf Hockeybanden, auf Startnummern und Zielbändern wird intensiv Reklame gemacht. Und auch die Sportstars werben fleissig mit: Sie tragen die Markennamen ihrer Ausrüstung zur Schau oder lachen für Versicherungen, Schokolade und Mineralwasser von den Plakatwänden.

Noch bis vor wenigen Jahren versuchte man, die weisse Arena und ihre Akteure von der Reklame und mithin vom Geschäft fernzuhalten. Anlässlich der letzten nordischen Skiweltmeisterschaft in Finnland beispielsweise mussten auf Weisung der Eurovision sämtliche Werbeflächen am Pistenrand entfernt werden.

Unter dem Druck anderer reklame-trächtiger Publikumssportarten wie etwa Automobilrennsport oder Fussball — der 1976 den «Leibchenkrieg» gegen das Fernsehen gewann — eroberte die Werbung schliesslich auch den Wintersport.

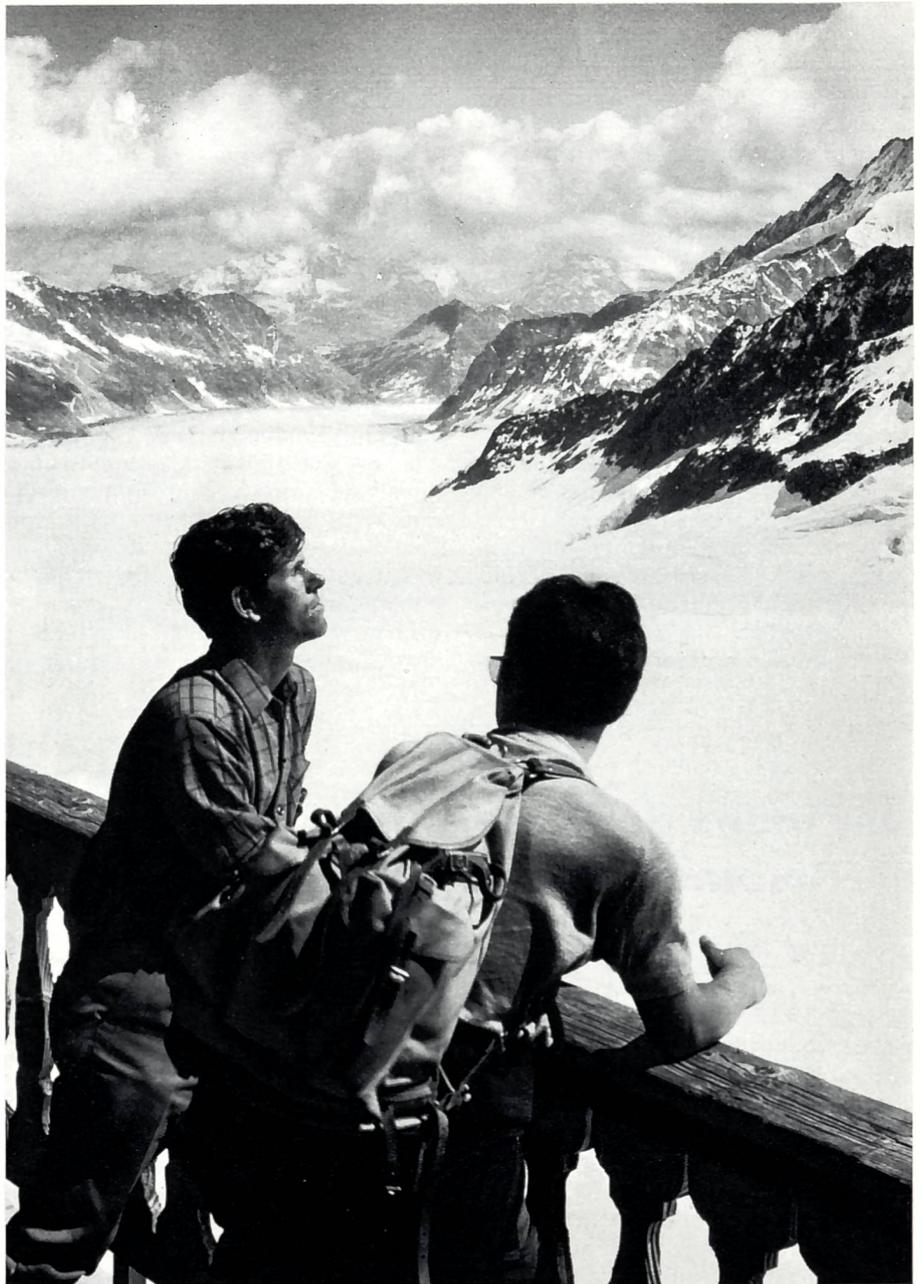
Richtlinien der Eurovision sollen dafür sorgen, dass aus einer Sportübertragung keine Werbeveranstaltung wird. Doch eigentliche Dämme gegen Reklameeinbrüche in Schnee und Eis fehlen heute. Mit Gummiparagraphen versucht auch das Schweizer Fernsehen sich gegen allzu aufdringliche Markenpropaganda zu wehren. Gemäss Aussagen des Schweizer TV-Sportchefs soll Werbung auf Kleidern und Ausrüstungen grundsätzlich vermieden werden. Sie sei nur zu tolerieren, wenn sie in der entsprechenden Sportart zur Gewohnheit geworden sei.

«Werbung—Publicité», das Organ der schweizerischen Werbezunft, misst dem Geschäft mit dem Wintersport eine wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Ausserdem sehen die Werber in den reklametragenden Sportstars willkommene Modemacher: Der Konsument spielt mit. Beispielsweise ist heute fast jeder Skifahrer klar bezeichnet: Rossignol, Raichle, McGregor, Carrera... Der Mann von der Strasse identifiziert sich mit seinen Idolen.

Durch den Skizirkus wird nicht nur Propaganda für Ausrüstungsgegenstände, sondern auch für Fremdenverkehrsorte und somit für unsere Touristik-Industrie gemacht. Wie gross die Bedeutung des Tourismus für unsere Volkswirtschaft ist, lässt sich daraus ersehen, dass in den letzten Jahren allein ausländische Touristen in der Schweiz jährlich mehr als fünf Milliarden Franken ausgaben. Mit diesen Deviseneinnahmen holte sich der Fremdenverkehr hinter der Maschinenindustrie und der Chemie die Bronzemedaille. Zusammen mit dem Inlandtourismus bewegen sich die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr zwischen 9 und 10 Milliarden Franken. Rund die Hälfte dieses Betrages entfällt auf die Wintersaison. Von den Arbeitsplätzen her kommt dem Tourismus sehr grosse Bedeutung zu. Allein im Gastgewerbe werden in den total über 28 000 Betrieben mehr als 150 000 Personen beschäftigt. Hinter dem Baugewerbe, der Maschinenindustrie sind die Hotellerie und das Gastgewerbe damit der wichtigste Arbeitgeber in der Schweiz. Jährlich werden vom Gastgewerbe rund 3 Milliarden Franken für den Ankauf von Lebensmitteln und Getränken, 3 Milliarden für Löhne und 1 Milliarde Franken für weitere Betriebskosten ausgegeben.

Rekord für den Autohandel

Das Jahr 1978 brachte dem Automobilhandel in der Schweiz einen neuen Re-



Blick vom Jungfrauoch auf den Aletschgletscher

kord. Mit 270 000 neu in Verkehr gesetzten Personenwagen wurde die bisherige Absatzspitze aus dem Jahre 1972 um mehr als 10 000 Einheiten übertroffen. Nebst dem absoluten Verkaufsrekord brachte das vergangene Jahr auch eine noch nie dagewesene Häufung von Preisabschlägen und Sonderangeboten einzelner Marken sowie eine Vielfalt neuer Modelle und Automarken. Die Preisreduktionen in den letzten Monaten haben sich bei den Verkäufen wohl marktbelebend ausgewirkt. Die Aufwertung des Frankens und die damit verbundene Verbilligung der Autoimporte — so wurden deutsche Marken um durchschnittlich 7,7 Prozent billiger — haben nicht nur Preisabschläge ermöglicht, sondern auch werkseitige Preiserhöhungen und teilweise Ausstattungsverbesserungen aufgefangen.

Viele ausschlaggebende Wirtschaftsindekatoren weisen auch für das laufende Jahr auf ein gutes Autojahr hin. Nach der zu erwartenden Beruhigung an der Währungsfront dürften jedoch Preisanpassungen nach oben zu erwarten sein, weil werkseitige Verteuerungen nicht mehr durch den günstigen Frankenkurs beim Import aufgefangen werden können. Bestimmend für den Automobilabsatz im Jahre 1979 sind der Ersatzbedarf und der Neubedarf. Aus dem auf Ende 1978 errechneten Fahrzeugpark in der Schweiz von 2,05 Millionen Personenwagen dürfte sich ein Ersatzbedarf von rund 10 Prozent, d. h. von 200 000 Neuwagen, ergeben. Überdies ist im schweizerischen Fahrzeugpark eine steigende Alterung festzustellen; so ist der Anteil der über sieben Jahre alten Fahrzeuge seit 1975 um 130 000 auf 550 000 Einheiten und

bei den über fünf Jahre im Verkehr stehenden Wagen um 200 000 auf 962 000 Fahrzeuge gestiegen. Der Anteil der Erstkäufer am Neuwagenabsatz schwächt sich mit zunehmendem Sättigungsgrad ab. Dieser Anteil liegt in der Bundesrepublik nur noch bei fünf Prozent, in der Schweiz aber immer noch bei 8 bis 10 Prozent.

Tiefdrucklage für Zinsen

Das Grossereignis der Berichtsperiode war die Emission der Carter-Bonds. Die USA nahmen in der Schweiz einen Betrag von rund 2 Milliarden Franken auf. Zweck und Transaktion war die Beschaffung von Fremdwährungen von bis zu 30 Milliarden Dollar zur Unterstützung von Interventionen auf dem Devisenmarkt. Dieser Emission, der bisher grössten einzelnen Schweizer-Franken-Transaktion am inländischen Markt, war ein riesiger Erfolg beschie-

den. Für nicht weniger als 5,2 Milliarden Franken wollten schweizerische Anleger Carter-Bonds erwerben. Mit der Festsetzung der Zinssätze auf 2,35 Prozent für die zweieinhalb- und auf 2,65 Prozent für die vierjährigen Bonds, was unter Abrechnung der Spesen und Gebühren eine Rendite von 2,23 bzw. 2,52 Prozent ergibt, hat die Nationalbank zum vornherein auch jedes Plazierungsrisiko vermieden. Die gute Aufnahme am Markt hat gezeigt, dass in Anbetracht der Liquiditätsfülle selbst ein grosser Emissionsbetrag problemlos verdaut wird. Nachdem sich während einiger Zeit der Zinssatz sowohl bei Anleihen erstklassiger Schuldner als auch bei Kassenobligationen auf gleicher Höhe von $2\frac{3}{4}$ Prozent bewegte und dadurch zahlreiche Anleger vermehrt versuchten, sich in letzteren zu engagieren, wurden die Banken praktisch gezwungen, die Zinssätze für Kassenobligationen erneut zu reduzieren.

Diese Senkung dürfte in der Folge wohl auf weitere Banksparten übergreifen. So spricht man von einer allgemeinen Herabsetzung des Sparzinses per 1. April um $\frac{1}{4}$ Prozent, was wiederum eine spätere Senkung des Hypothekensatzes auf den Sommer vorprogrammieren würde.

Diese anhaltenden Zinssenkungstendenzen, die durch die Aufhebung des Anlageverbotes noch verstärkt zutage treten dürften, passen der Nationalbank sehr gut in ihr Konzept der Billiggeldpolitik. Sie sind jedoch nicht ohne Gefahren. Der Zeitpunkt könnte näher rücken, in dem das Zinsniveau eine untere Grenze erreicht. Ein allzu rascher Zinszerfall könnte dann eine ebenso markante Trendwende provozieren. Die in Gang befindliche Zinsbaisse entspricht indessen heute der konjunkturellen Situation: Noch sind keine Anzeichen einer allgemeinen konjunkturellen Belebung erkennbar. TW

Der Index der Konsumentenpreise als Barometer der wirtschaftlichen Stabilität

von Prof. Dr. F. Kneschaurek, St. Gallen

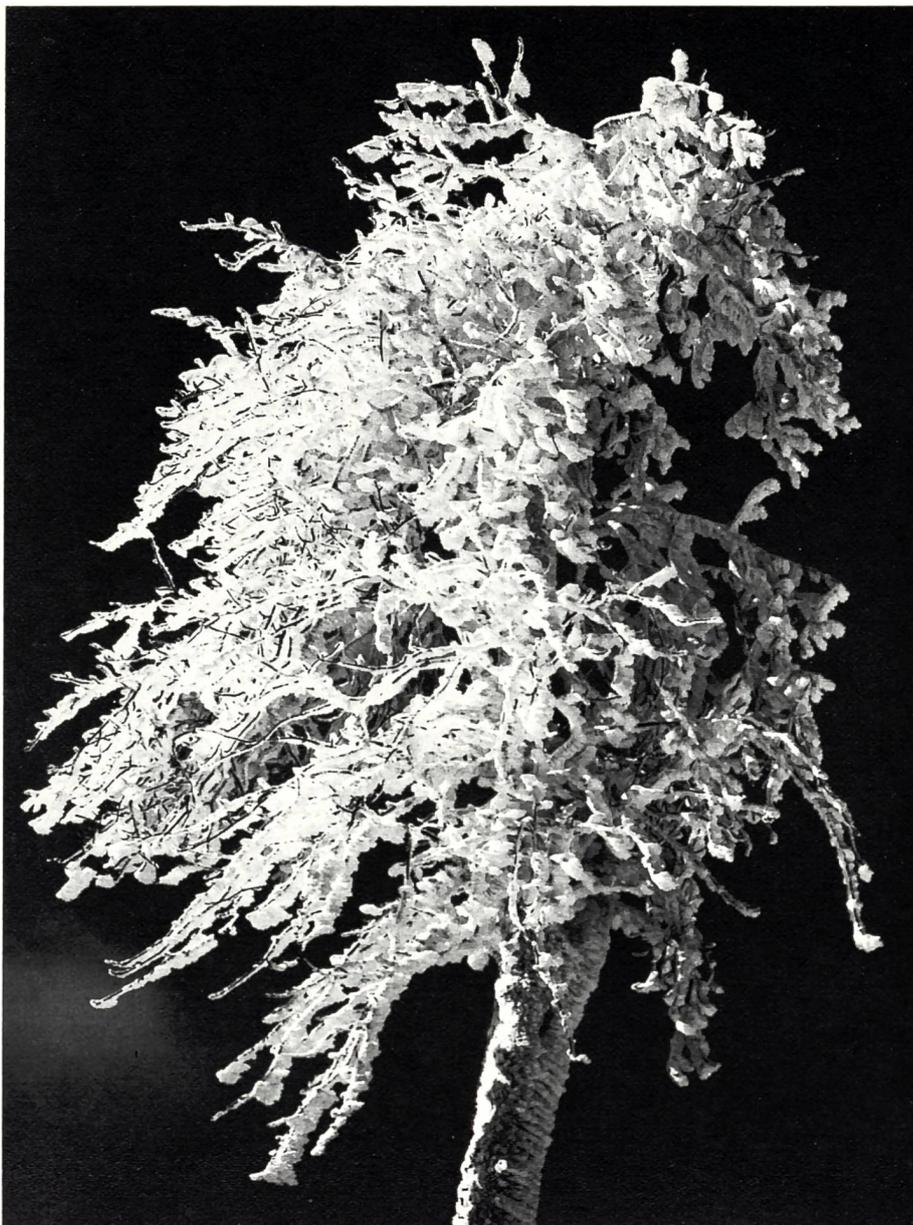
Die Forderung nach vermehrter wirtschaftlicher Stabilität ist seit dem weltweiten Konjunkturreinbruch des Jahres 1975 in den Brennpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Wie immer, wenn sich wirtschaftliche und politische Interessengruppen eines komplexen Problems wie desjenigen der wirtschaftlichen Stabilität bemächtigen, kommt es zu kontrastierenden Auffassungen, weil das Problem von verschiedenen Blickwinkeln aus betrachtet werden kann: seine Beurteilung gleitet dann oft ins Subjektive ab. So ist es auch für die wirtschaftliche Stabilität, deren Wiederherstellung man im Lichte der Bedrohungen der noch keineswegs überwundenen Rezession nachhaltig fordert. Dabei vergisst man, dass vor dem Einbruch der Rezession alles andere denn Stabilität herrschte! Aber offensichtlich wird das einmal die Stabilität, das anderemal die Unstabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse als wünschbar und anstrebenswert erachtet! Entscheidend hierfür ist, wie sich diese stabilen oder unstabilen Verhältnisse aus der kurzfristigen Optik der einzelnen im Wirtschaftsleben Stehenden und der sie umfassenden Organisationen und Interessenverbände auf sie auswirken. Sicher ist, dass die ersten 25 dem Ende des Zweiten Weltkriegs folgenden Jahre durch eine ungeheure Dynamik geprägt wa-

ren, deren charakteristisches Merkmal aber gerade in der *Unstabilität* der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lag. So haben z. B. die Spannungen zwischen Ost und West, der wachsende politische Polyzentrismus und das Wiederaufleben des Nationalismus im Zusammenhang mit den zahlreichen sozial- und nationalrevolutionären Bewegungen zwar die politische Unstabilität auf der ganzen Welt ungemein erhöht: sie übten aber gerade deshalb nachhaltige Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus, wenn auch bezweifelt werden kann, dass die allgemeine Wohlfahrt im Gleichschritt mit dem ungestümen Wachstum der materiellen Produktion zunahm. Kurzfristig jedenfalls schien die wirtschaftliche «Sturm-und-Drang-Periode» der Nachkriegszeit trotz des mangelnden Gleichgewichts der wirtschaftlichen Kräfte und der sie charakterisierenden Unstabilität nur mit *Vorteilen* verbunden; auf sie richtete sich denn auch lange Zeit unsere ungeteilte Aufmerksamkeit. Man denke etwa an die in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes einmalige Steigerung des Volkswohlstands; an die im Überfluss bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten; an die Selbstverständlichkeit, Jahr für Jahr die persönlichen Ansprüche in die Höhe schrauben zu können; an die günstigen Möglichkeiten, oft auch ohne besondere ausbildungsmäs-

sige Prämissen und ohne ausgeprägten Leistungswillen sehr gut verdienen und leben zu können; an die scheinbare Leichtigkeit, die negativen Folgen des alles andere denn harmonisch verlaufenden Wachstumsprozesses, insbesondere die Teuerung, über den Indexmechanismus auf das anonyme Kollektiv «Wirtschaft» zu überwälzen; an die allmählich zur Lebensphilosophie erhobene Erfahrung, besser über die eigenen Verhältnisse leben zu können als massvoll und mit Blick auf das eigene Leistungsvermögen. Alle Störungen und unangenehmen Nebenerscheinungen dieser hektischen Zeit wurden durch die übermächtigen Auftriebsimpulse des wirtschaftlichen Wachstums überdeckt. Das gilt auch für die lange Zeit nur unterschwellig, aber gerade deshalb nicht minder ernst zu nehmenden *Gefahren* des ungezügeltten Wirtschaftswachstums der fünfziger und sechziger Jahre: Die Gefahr des unmässigen Rückgriffs auf ausländische Arbeitskräfte und ausländisches Kapital; die Gefahr der jahrzehntelangen Unterbewertung des Schweizerfrankens, welche zwangsläufig zum Auf- und Ausbau von Produktionsrichtungen führen musste, welche unter normalen Verhältnissen im rohstoffarmen Hochlohnland Schweiz gar nicht hätten entstehen können; Produktionsrichtungen, welche sich heute aufgrund des Höhen-

flugs des Schweizerfrankens nicht mehr als kompetitiv erweisen und welche auch nicht in angemessener Zeit umgestellt und an die völlig neuen Konkurrenzbedingungen angepasst werden können! Oder denken wir an die Gefahr der durch die Flucht in die Sachwerte, den ungehemmten Kapitalzufluss vom Ausland und die Bodenspekulation zusätzlich geförderten Überinvestitionen in der Bauwirtschaft; eine Entwicklung, welche früher oder später unvermeidlich zu einer schmerzhaften Redimensionierung der unnatürlich aufgeblähten Produktionskapazitäten führen musste; die Gefahren einer sich allmählich zur chronischen Kreislaufkrankheit entwickelnden Inflation gehören genauso hierher wie die von der Wirtschaftsgeschichte immer wieder erhärtete Erfahrung, dass unnatürliche, ungesunde Entwicklungen – wie wir sie zwischen 1950 und 1970 durchmachten – auf die Länge unvermeidlich *politische Reaktionen* auslösen, welche den eingeschlagenen Trend nicht nur mit oft brutaler Plötzlichkeit brechen, sondern ihn gelegentlich sogar in die entgegengesetzte Richtung abdrängen. Heute kennen wir diese Reaktionen: die Überfremdungsinitiativen, die vom Natur- und Umweltschutzgedanken getragenen wachstumsfeindlichen Ideologien, die zunehmende Kritik am «Finanzplatz Schweiz», an der unkontrollierten Ausweitung des Bankensystems und ihren internationalen Finanztransaktionen; an den «Ausverkauf der Heimat»; die wachsende Staatsverdrossenheit und Industrie-feindlichkeit; die Forderung nach einem Nullwachstum und in Verbindung damit die an Stärke zunehmende Bewegung gegen den weiteren Ausbau der Energiewirtschaft und namentlich der Atomenergie; der allgemeine Gesinnungswandel, der von der These ausgeht, dass steigender materieller Wohlstand nicht unbedingt auch zu grösserer Zufriedenheit und erhöhtem Wohlstand führen müsse; das gestörte Verhältnis zwischen Bürgern und Staat usw.

Doch vergessen wir nicht, dass wir mehrheitlich alle diese heute so stark empfundenen Regungen jahrelang nicht wahrhaben wollten. Daraus erklärt sich das Scheitern der Bemühungen des Staates, die eindeutige Übersteuerung der Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Es fehlte praktisch bis Ende der sechziger Jahre jener von der Volksmeinung getragene *Konsens*, der in einer Demokratie wie der unseren vorhanden sein muss, bevor der Staat in irgendeiner Richtung intervenieren kann. Dieser Konsens kam wegen der augenscheinlichen Vorteile des ungestümen Wirtschaftswachstums und der Opfer, die man durch die staatlichen Stabilisierungsmassnahmen glaubte erbringen zu müssen, lange, allzulange Zeit nicht zustande.



Birke im Rauhref

Heute stehen wir vor einer völlig anderen Situation. Unsere Aufmerksamkeit wird nicht mehr durch die positiven, sondern vielmehr durch die *negativen Aspekte der wirtschaftlichen Unstabilität* gefesselt; sie sind es, die neuerdings unser Verhalten und unsere Einstellung zum Problem bestimmen. Der Ruf nach vermehrter Stabilität ertönt in der Tat um so lauter, je mehr diese negativen Seiten auch für den einfachen Mann der Strasse sicht- und fühlbar werden: etwa die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit, die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, die zunehmenden Schwierigkeiten der Jugendlichen, eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu finden, die Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch den hohen Kurs des Schweizerfrankens; die wachsenden Schwierigkeiten vieler Unternehmungen, ja ganzer Branchen und Regionen, sich den völlig veränderten Wettbewerbsbe-

dingungen anzupassen; die unaufhaltsam ansteigenden Lasten eines Wohlfahrtsstaates, den man in der vergangenen Wachstumseuphorie über das Mass des Leistungsvermögens unserer Wirtschaft ausbaute... Offensichtlich wird wirtschaftliche Unstabilität erst dann zu einem wahrlich empfundenen Problem, wenn ihre langfristigen Nachteile ihre kurzfristigen Vorteile zu überwiegen beginnen, und das ist gegenwärtig eindeutig der Fall. In der Forderung nach vermehrter Stabilität und in der öffentlichen Auseinandersetzung darüber zeigt sich indessen, wie komplex dieser Begriff ist und wie stark die Ansichten über seinen Inhalt auseinandergehen können. Stabilität kann mit der Vorstellung einer vollbeschäftigten Wirtschaft, einer Wirtschaft mit stabilen Preisen oder einer solchen mit einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz verbunden werden; doch es gibt auch noch andere Stabilitätsvorstellungen, die auf

dem Gleichgewichtsgedanken aufbauen: Sie zielen etwa auf den Ausgleich der bisher unterschiedlich verlaufenen regionalen Wirtschaftsentwicklung hin, weil diese ein wachsendes Wohlstandsgefälle zwischen «reichen» und «armen» Regionen zur Folge hatte; oder man denkt an den Ausgleich der sozialen Härten des branchenmässigen Strukturwandels, an die Stabilisierung von Strukturwandlungen, welche in ihrer allzu ungestümen Art auch gesunde und entwicklungsfähige Bereiche der Volkswirtschaft zu zerstören drohen; oder schliesslich an den Ausgleich der im Konjunkturverlauf oder als Folge konjunkturpolitischer Interventionen entstehenden Umschichtungen der Einkommensverteilung. . . . Die Liste der im Stabilitätsbegriff enthaltenen Zielvorstellungen könnte beliebig erweitert werden. Im extremsten Fall liesse sich Stabilität als ein Zustand auffassen, in welchem die Volkswirtschaft in ihren bisherigen Formen, Institutionen und Strukturen unbeweglich verharrt, während jede Veränderung, jede Bewegung und jede Wandlung zum Element der Unstabilität würde. Ich möchte mich hier aus Platzgründen auf die drei eingangs erwähnten, in der theoretischen und praktischen Diskussion auch mehrheitlich zitierten Stabilitätsziele – Vollbeschäftigung, Preisstabilität und aussenwirtschaftliches Gleichgewicht – beschränken. Sie haben während der letzten Jahre bereits Anlass zu endlosen politischen Auseinandersetzungen gegeben. Dies rührt vor allem daher, dass sie sich in einem *antinomischen Verhältnis* zueinander befinden, das heisst, sie können nicht gleichzeitig vollständig erfüllt werden. Die Realisierung eines Ziels geht stets auf Kosten der Realisierung eines anderen. Es stellt sich somit in Permanenz die *Frage nach den Prioritäten der Stabilisierungspolitik*. Das führt letztlich zu einer *Bewertung der einzelnen Ziele* nach Massgabe der ihnen von den politischen Entscheidungsinstanzen zugeordneten Bedeutung. Die 1975 vom bundesdeutschen Kanzler Schmidt geprägte Satz: «Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit» bringt in prägnanter Weise ein solches Werturteil zum Ausdruck, bei welchem die Vollbeschäftigung eindeutig der Preisstabilität vorgezogen wird. Grossbritannien, die skandinavischen Länder oder die Niederlande, um nur einige Beispiele zu nennen, haben sich in den letzten Jahren für die gleiche Prioritätsordnung ausgesprochen und sind vehement für das Prinzip der «Vollbeschäftigung um jeden Preis» eingetreten. So hat der Chef der britischen Delegation beim «Comité de politique économique de l'OCDE» (welches die Wirtschaftsberater der Regierungen aller Mitgliedstaaten vereinigt) noch 1975 die These vertreten, Grossbritannien könne sich in Anbetracht seiner

ohnein schon sehr hohen Arbeitslosigkeit aus politischen Gründen keinen einzigen Arbeitslosen mehr leisten, das Land habe zusätzliche Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu ergreifen, und wenn damit eine substantielle Erhöhung der Inflationsrate und zugleich eine Verschlechterung der aussenwirtschaftlichen Bilanz in Kauf genommen werden müsse. Alle diese Überlegungen und Diskussionen haben natürlich das Bedürfnis erweckt, die Stabilitätsziele möglichst konkret zu formulieren bzw. zahlenmässig auszudrücken. So ist es zur Norm geworden, zur Messung der Beschäftigung die *Arbeitslosenquote* (im allgemeinen definiert als Zahl der Arbeitslosen in Prozent der arbeitswilligen Erwerbsbevölkerung), zur Messung des Ziels der Preisstabilität den *Index der Konsumentenpreise* und zur Messung der aussenwirtschaftlichen Stabilität den *Saldo der Ertragsbilanz* zu verwenden.

Der Index der Konsumentenpreise stellt somit nur ein Teilbarometer der wirtschaftlichen Stabilität dar. Ausserdem umfasst er nicht die Preise aller Güter und Dienstleistungen: Ausgeschlossen sind aus ihm vor allem die Preise der Investitionsgüter, der Mehrzahl der staatlichen Leistungen sowie der Exporte. Andererseits handelt es sich um einen Index, dessen Entwicklung vom Konsumenten unmittelbar verspürt wird und von ihm daher unter dem Gesichtspunkt der Preisstabilität als besonders relevant erscheint.

Betrachten wir diesen Index, so erkennen wir, dass sich die *Preisentwicklung in der Schweiz seit 1975 in die Richtung einer fast totalen Stabilität hin bewegt hat*. 1976 betrug die Teuerung nur mehr 1,5%. Diese Entwicklung ist im internationalen Vergleich geradezu sensationell, weil bis 1973 der Index der Konsumentenpreise der Schweiz wesentlich höhere Teuerungsraten anzeigte als im Durchschnitt der OECD-Länder und vor allem der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten und Japans! 1974 trat die Wende in der Entwicklung ein. Die Teuerungsraten unseres Landes konnte unter diejenige des OECD-Durchschnitts gesenkt werden, war aber mit 9,8% immer noch beängstigend hoch. Während es aber in der Folge den meisten westlichen Industrieländern nicht gelang, ihre Inflationsraten unter den ausserordentlich hohen, 1974 erreichten Stand hinunterzudrücken, konnte die Teuerung in unserem Land unter Kontrolle gebracht werden, und zwar in sehr kurzer Zeit. 1976 war die Schweiz das Land mit der niedrigsten Teuerungsraten der Welt. Kann man nun im Hinblick darauf sagen, dass die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land wieder eingekehrt ist? Wohl kaum! Zwar hat auch die Zahl der Arbeitslosen nie 1% der Erwerbstätigen erreicht und bildet sich ausserdem seit

der zweiten Hälfte des Jahres 1976 wieder zurück! Das erscheint wiederum im internationalen Vergleich als einmalig, betrug doch die Arbeitslosenquote im Jahr des Konjunkturerinbruchs 1975 selbst in der Bundesrepublik Deutschland (welche im Preisvergleich der Schweiz am nächsten kommt) nicht weniger als 4,9%! Überdies konnte diese Quote seither nicht nennenswert abgebaut werden.

Man könnte somit argumentieren, dass auch von der Arbeitsmarktseite her den Anforderungen an die wirtschaftliche Stabilität Genüge geleistet wurde. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote verdeckt jedoch die Tatsache, dass die Schweiz genauso schwer, ja zum Teil sogar noch schwerer als die meisten anderen OECD-Staaten vom Konjunkturerinbruch im Jahre 1975 erfasst und in Mitleidenschaft gezogen wurde. Das reale Bruttosozialprodukt unseres Landes ging allein in diesem Jahr um 7,5%, die Industrieproduktion um 13% zurück; ausserdem gingen in der Schweiz seit 1975 nicht weniger als 300 000 Arbeitsplätze verloren. Dass unter diesem Gesichtspunkt kaum von Stabilität gesprochen werden kann, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Ähnliches gilt für das dritte Stabilitätsbarometer, die aussenwirtschaftliche Ertragsbilanz. Gewiss: Angesichts der chronischen Zahlungsbilanzsorgen vieler Industrieländer (von den Entwicklungsländern wollen wir gar nicht sprechen) mag man die seit 1975 aussergewöhnliche Dimensionen annehmenden Überschüsse unserer aussenwirtschaftlichen Bilanz als eindeutiges Positivum bewerten. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen *Stabilität* aus betrachtet darf jedoch nicht übersehen werden, dass die hohen Überschüsse der Ertragsbilanz in einem Regime flottierender Wechselkurse ganz wesentlich zur weiteren Erstarkung des Schweizerfrankens und damit zur Beeinträchtigung der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie beitragen.

Die eher bescheidene Aussagefähigkeit des Indexes der Konsumentenpreise als Barometer wirtschaftlicher Stabilität wird durch folgende Überlegungen weiter belegt. Wir können davon ausgehen, dass die Preisentwicklung regional keine allzu grossen Unterschiede aufweist, m. a. W. dass in allen Kantonen seit 1976 annähernde Preisstabilität herrscht. Demgegenüber stellen wir zwischen den Kantonen ausserordentlich starke Unterschiede in der Konjunkturlage und damit auch im Grad der wirtschaftlichen Stabilität bzw. Unstabilität fest. Einzelne Kantone sind vom Konjunkturerinbruch des Jahres 1975 sozusagen überhaupt nicht betroffen worden, andere hingegen so stark, dass ihre Arbeitslosenquoten sogar mit denjenigen des Auslands konkurrieren kön-

nen. Noch krasser kommen diese Unterschiede zum Ausdruck, wenn man die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten oder des Volkseinkommens in den einzelnen Kantonen vergleicht. Während also der Index der Konsumentenpreise überall relative Stabilität anzeigt, bestehen in Wirklichkeit die grössten Unterschiede im Grad der regionalen Wirtschafts stabilität. Zum zweiten müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die «Skalen» der Stabilitätsbarometer durch die wechselnden Vorstellungen über die wirtschaftspolitischen Ziele dauernd verändert werden müssten. Das gilt auch für die Teuerung. Während man unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vom Ziel einer mehr oder weniger absoluten Preisstabilität ausging, ist man heute in manchem Land schon zufrieden, wenn die Teuerung nicht (oder nicht mehr) zweistellige Zahlen erreicht! Dass bei derartig hohen Teuerungsraten die Gefahr besteht, dass sich die Inflation aus sich selber heraus verstärkt, ist in diesem Zusammenhang weniger relevant als die Tatsache, dass die Stabilitätsziele offenbar eine fortwährende Neuinterpretation erfahren und dass im Grunde genommen das gleiche Phänomen — in unserem Fall die Teuerung — je nach der wirtschaftlichen Situation und den herrschenden wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen mit verschiedenen Ellen gemessen wird. Abschliessend sei vermerkt, dass der Index der Konsumentenpreise auch

zweckentfremdet werden kann, womit er zur Erhöhung der Teuerung und damit der wirtschaftlichen Unstabilität beiträgt! Das ist dann der Fall, wenn immer mehr Einkommen (und darunter sind nicht nur jene Einkommen zu verstehen, welche irgendwie eine Leistung in der Wirtschaft honorieren, sondern auch die «Transfereinkommen», denen keine wirtschaftliche Leistung gegenübersteht) mit dem Index der Konsumentenpreise gekoppelt werden. Dies hat zur Folge, dass alle Preiserhöhungen, die sich im Index niederschlagen, automatisch zu erhöhten und gewöhnlich auch anstandslos zugestandenen Einkommensforderungen führen. Damit werden aber der Marktmechanismus aus den Angeln gehoben und die Funktion des Preises als Regulativ von Angebot und Nachfrage ausgeschaltet. Ein konkretes Beispiel diene der Veranschaulichung: Die Energiekosten (Elektrizität, Gas, Benzin, Heizöl usw.) sind im Index der Konsumentenpreise enthalten; es sei beigefügt, mit Recht, denn sie belasten die Haushaltsrechnungen nach Massgabe des getätigten Energiekonsums. Werden die Energiepreise unmittelbar erhöht oder wird — wie das Vertreter des Natur- und Umweltschutzes fordern — eine besondere Energiesteuer erhoben, welche ebenfalls zu einer Verteuerung der Energie führt, so wirken sich diese Preiserhöhungen unmittelbar auf die Lebenshaltungskosten aus. Es ist denn auch richtig, dass der Index die Inzidenz

dieser Mehrkosten misst. Wenn jedoch infolge des Indexmechanismus die Einkommen automatisch der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst werden, so fällt die regulierende Funktion der gestiegenen Energiepreise auf die Nachfrage im Sinn eines Anreizes zu einem sparsameren Energieverbrauch dahin. Dem Staat dürfte unter diesen Umständen gar nichts anderes übrigbleiben, als zu nicht konformen, dirigistischen und bürokratischen Massnahmen zur Einschränkung des Energiekonsums Zuflucht zu nehmen, welche letztlich den Einzelnen wesentlich stärker treffen und in seiner Freiheitssphäre einschränken dürften, als wenn man den Markt spielen lassen und allenfalls die sozialen Härten der damit ausgelösten Anpassungsprozesse ausgleichen würde.

Diese Problematik lässt sich nicht durch Manipulationen am Index lösen. Wir müssen uns endlich klarwerden, dass der Index der Konsumentenpreise nicht bloss ein statistisches Barometer darstellt, das die Preisentwicklung im Haushaltsbereich misst, sondern dass er — im Gegensatz zu allen anderen erwähnten Barometern — überden allgemein eingebürgerten Indexautomatismus in der Lage ist, aus sich selber heraus jene wirtschaftliche Stabilität zu beeinflussen und allenfalls sogar zu beeinträchtigen, die man mit ihm (nachträglich) zu messen pflegt!

Winterzauber



Agrarpolitische Hauptprobleme aus bäuerlicher Sicht

An der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes (22. November 1978 in Bern) vermittelte Direktor René Juri einen breitangelegten *Tour d'horizon* über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und über die agrarpolitischen Probleme, die in der Optik des Bauernverbandes heute im Vordergrund stehen. Wir fassen diese Ausführungen im folgenden zusammen, wobei wir uns im wesentlichen an die Formulierungen Juris halten.

Einkommenslage

Nach den bisherigen Schätzungen dürfte das Jahr 1978 zu den über dem Mittel stehenden Landwirtschaftsjahren zu zählen sein. Im Ackerbau waren gute bis sehr gute Erträge zu verzeichnen. Die Absatzlage für Gross- und Schlachtvieh hat sich erfreulich verbessert. Die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel zeigten eine leicht sinkende, jene für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine leicht steigende Tendenz. Aber auch unter diesen guten Voraussetzungen erreichten die für die Preispolitik massgebenden Talbetriebe den *Paritätslohnanspruch* nicht. In diesen Betrieben bleibt der Arbeitsverdienst je Normalarbeitstag um Fr. 4.— hinter dem Paritätslohnanspruch zurück. Im Dreijahresmittel 1976—1978 beträgt der *Rückstand* gar Fr. 11.—. Diese Tatsachen beweisen eindrücklich, dass mit dem gegenwärtig geltenden Preisrahmen für Agrarprodukte der Paritätslohn einfach nicht erreicht werden kann. Dies gilt in besonderem Masse für die Betriebe im Berggebiet, wo der Einkommensrückstand zu tiefer Besorgnis Anlass gibt.

In der Landwirtschaft variiert das Einkommen aber nicht nur zwischen Berg- und Talbetrieben, sondern auch nach der Betriebsgrösse, der Produktionsstruktur, ja sogar von Betrieb zu Betrieb innerhalb einer Betriebsgruppe. Dies wurde in dem Masse immer problematischer, in welchem sich die *Produktion* in verschiedenen Betriebszweigen (z. B. Schweinehaltung, Kälbermast und Geflügelhaltung) *in immer grösseren Betrieben konzentrierte*. Da sich zudem nichtlandwirtschaftliche Kreise in diesen Prozess einschalteten, geriet die traditionelle Landwirtschaft zusehends aus dem Gleichgewicht. Damit wurde auch die Existenzgrundlage des fortschrittlichen bäuerlichen Familienbetriebes immer stärker eingeeengt und gefährdet.

Paritätslohn

Der Vergleich zwischen dem Arbeitsverdienst des Bauern und jenem vergleichbarer Berufsgruppen fällt in Wirklichkeit noch deutlicher zum Nachteil der Landwirtschaft aus, weil die geltende Paritätslohnberechnung in verschiedener Hinsicht nicht zu genügen vermag

und die bäuerliche Arbeit benachteiligt. So wird die Bewertung der *Betriebsarbeit der Frau* unterbewertet. Sodann ist es stossend, dass nach der heutigen Regelung dem Bauern zugemutet wird, in *260 Arbeitstagen* jenes Einkommen zu erzielen, welches der Arbeiter in 240 Tagen erreicht. Auch diese krasse Unterbewertung der bäuerlichen Arbeit muss beseitigt werden. Als ungenügend erweist sich der heutige *Betriebsleiterzuschlag*, mit welchem die Unternehmerfunktion des selbständig tätigen Landwirts abgegolten wird. Dieser soll von 2 auf 4% des mittleren Rohertrages der Buchhaltungsbetriebe erhöht werden. Bei der Kosten- und Einkommensrechnung der Buchhaltungsbetriebe müssen ferner die *Abschreibungssätze* und die *Verzinsung* angepasst werden, damit die betriebsnotwendigen Investitionen ohne weitere Verschuldung getätigt und verzinst werden können. Der Bauernverband hat Vorschläge unterbreitet, wie eine gerechte Bewertung der bäuerlichen Arbeit erreicht werden kann. Das Prinzip des heute geltenden Paritätsvergleiches darf aber nicht angetastet werden. Ein Ersatz dieses Vergleiches etwa durch einen Einbezug von Gesamteinkommen und Ersparnis kann nicht in Frage kommen.

Einkommenspolitik

Berücksichtigt man diese Unzulänglichkeiten bei der Berechnung des Paritätslohnes, so liegt das bäuerliche Einkommen allgemein noch weiter hinter dem Verdienst vergleichbarer Wirtschaftsgruppen zurück. Zudem ist daran zu erinnern, dass die Qualität der Buchhaltungsbetriebe über dem schweizerischen Durchschnitt liegt und dass der Bundesrat bei seiner Preispolitik nur auf die Talbetriebe abstellt. Zieht man zudem die *Einkommensdisparität innerhalb der Landwirtschaft* in Betracht, so müssen neben der Einkommenspolitik eine Reihe weiterer Massnahmen im Mittelpunkt unserer Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft stehen.

Talbetriebe

Bei der Preispolitik halten wir am bisherigen Grundsatz fest, dass im Betrieb im Talgebiet *Preise* erzielt werden können,

welche die *Deckung der Fremdkosten* und die *normale Verzinsung des Eigenkapitals* ermöglichen und dem bäuerlichen Unternehmer einen *paritätischen Arbeitsverdienst* verschaffen. Diese Preise sind auch für den Konsumenten tragbar, wenn man berücksichtigt, dass der städtische Arbeiter und Angestellte nur noch knapp 15% seiner Haushaltsausgaben für den Ankauf von Lebensmitteln ausgibt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Schweizer Bauer lediglich 3—4% der gesamten Ausgaben eines städtischen Haushaltes erhält, während die übrigen Lebensmittelausgaben auf Verarbeitung, Handel und Import entfallen.

Berglandwirtschaft

Die auf die Kostenlage der Unterlandbetriebe ausgerichtete Preispolitik kann den unter erschwerten Produktionsbedingungen wirtschaftenden Bergbauern kein angemessenes Einkommen sichern. Leider haben auch die bisher speziell für das Berggebiet ergriffenen Massnahmen nicht zu einem genügenden Ausgleich geführt. Deshalb müssen die *Flächenbeiträge* unbedingt auf den 1. Januar 1980 eingeführt werden. Sie stellen in der vorgesehenen Höhe ein Minimum dar. Eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse im Berggebiet darf auch von der Revision der Familienzulagenordnung erwartet werden. Die Massnahmen zugunsten des Viehabsatzes aus dem Berg- und Zuchtgebiet müssen verstärkt werden. Abzulehnen sind Kürzungen von Krediten für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, der Land- und Waldwirtschaft im Berggebiet sowie jeder Abbau von anderen Massnahmen für die Bergbevölkerung, selbst beim Misslingen der vorgesehenen Neuordnung der Bundesfinanzen.

Verallgemeinerung von Flächenbeiträgen für unsere Landwirtschaft?

Wir halten eindeutig an der bisherigen Politik fest, wonach *das bäuerliche Einkommen über die Preise gesichert* werden muss. Gezielt und ausschliesslich im Berggebiet ist diese Politik durch Flächenbeiträge zu ergänzen. Die von verschiedenen Kreisen vorgeschlagenen generellen Bewirtschaftungsbeiträge unterscheiden sich jedoch von den Flächenbeiträgen für das Berggebiet, denn sie sollen an die Stelle der Preisordnungsmassnahmen treten. Dies ist abzulehnen. Denn es steht keineswegs fest, dass — wie behauptet — generelle *Bewirtschaftungsbeiträge* produktionslenkend wirken. Reduzierte Preise be-



Schwan im Eisloch

wirken in der bäuerlichen Wirtschaft nicht unbedingt eine Senkung der Produktion. Sie können im Gegenteil sogar eine Produktionssteigerung zur Folge haben, wenn der Unternehmer sich mit einer höheren Produktion ein besseres Einkommen verschafft und dabei einen reduzierten Leistungseffekt pro Arbeitszeiteinheit in Kauf nimmt. Sollten aber Flächenbeiträge die Produktion tatsächlich nicht anregen, so ergäbe sich ein noch grösserer Nachteil: Die *Initiative des bäuerlichen Unternehmers* würde erheblich beeinträchtigt, die Schwungkraft zur unternehmerischen Aktivität würde verlorengehen. Vor allem der Tüchtige würde sein Interesse am bäuerlichen Beruf verlieren. Zu einer solchen Entwicklung dürfen wir nicht Hand bieten. Sodann müssten mit Rücksicht auf die vielfältigen Produktionsstrukturen unserer Betriebe die Bewirtschaftungsbeiträge regional und nach Betriebsgrössen sehr differenziert angesetzt werden. Die *räumliche Abgrenzung der differenzierten Fixbeiträge* könnte nie befriedigend gelöst werden. Die Landwirtschaft würde gesamthaft durch die Ausrichtung von generellen Flächenbeiträgen nicht mehr erhalten als durch die bisherigen preispoliti-

schen Massnahmen. Per saldo würde die *Landwirtschaft längerfristig sogar schlechter gestellt*. Das bestehende Instrumentarium zur Geltendmachung von Preisanpassungen würde stumpf. Um die Bewirtschaftungsbeiträge müsste wohl alljährlich bei der Budgetierung gefeilscht werden. Dabei ginge es mitunter um sehr hohe Beiträge. Mit Rücksicht auf die schwache politische Stellung der Landwirtschaft müsste sie, so ist zu befürchten, mit Kürzungen, neuen Ungleichheiten und Nachteilen gegenüber der geltenden Ordnung rechnen. Schliesslich würde das landwirtschaftliche Einkommen von der Lage der Bundesfinanzen abhängig gemacht.

Die Einkommensdisparität in der Landwirtschaft

Während früher die Forderungen nach der *Verringerung der Einkommensdisparität* hauptsächlich einkommenspolitische Zielsetzungen verfolgten bzw. einen möglichst weitgehenden Einkommensausgleich innerhalb der Landwirtschaft anstreben, sollen in neuester Zeit damit auch strukturelle Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten

vermieden werden. Im Vordergrund der Diskussion steht erneut die *Preisdifferenzierung* für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die nach abgelieferter Menge und Produktionsgebiet abgestuften Preise sollten — so die vereinfachende Auffassung einzelner Kreise — kleinere Familienbetriebe und Gebiete mit erschwerteren Produktionsbedingungen begünstigen. Aber auch mit anderen Massnahmen können die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft reduziert werden. Eine Reihe von Massnahmen bleibt im übrigen der Einflussnahme des Staates entzogen. Von diesen Massnahmen seien als Beispiele erwähnt: Die Preisdifferenzierung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die Kontingentierung der Produktion und ähnliche Lenkungsmassnahmen, die Arbeitsteilung innerhalb der Landwirtschaft, die Ausgleichszahlungen (z. B. Flächen- und Kostenbeiträge), die Verlagerung der Produktion von grossen in kleinere Produktionseinheiten und die regionale Verlagerung der Schwerpunkte der Produktion. Dazu kommen weitere Massnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft. Auch die Familienzulagen und andere sozialpolitische Massnahmen zugunsten der

bäuerlichen Familie dienen der Verringerung der Einkommensunterschiede.

Futtermittelbewirtschaftung

Die bereits angedeuteten Tendenzen in der Schweine- und Geflügelhaltung sowie in der Kälbermast führten zu einer immer ausgeprägteren *Industrialisierung der Landwirtschaft*. Die *Futtermiteinführen* spielen in diesem Prozess eine *zentrale Rolle*. Der aufgrund der landesfremden Futterbasis entstandene Trend zu überschüssiger Produktion drückt auf das Preisniveau und verdrängt damit Klein- und Mittelbetriebe. Das Problem wurde durch die Einführung der *einzelbetrieblichen Milchkontingentierung* noch verschärft: Auf der einen Seite durfte der Familienbetrieb die Milchproduktion nicht mehr ausdehnen, auf der anderen Seite blieb ihm der Weg zur Aufstockung versperrt. Es war deshalb für die Bauern völlig unverständlich, dass nicht zuerst eine wirksame Futtermittelbewirtschaftung eingeführt und erst zuletzt die Milchproduktion kontingentiert wurde. Die hohe Unterschriftenzahl bei der Futtermittel-Initiative hat inzwischen bewiesen, mit welchem Nachdruck von der Basis eine Lösung dieses Problems gefordert wird. Die vor kurzem im Nationalrat gutgeheissene *Änderung des Landwirtschaftsgesetzes* darf — dies ist das wichtigste — als erster Schritt in die gewünschte Richtung bezeichnet werden. Die Fleisch- und Eierproduktion soll wieder in die bäuerlichen Familienbetriebe zurückgeführt werden. Wir werden allerdings auch in Zukunft die Entwicklung der Futtermiteinführen und das Verhältnis zwischen der Grösse der Tierbestände und der dafür vorhandenen Futterbasis sehr aufmerksam verfolgen und die konsequente Ausrichtung der Massnahmen auf das klar gesteckte Ziel verlangen.

Das landwirtschaftliche Produktionsprogramm

Die Arbeitsgruppe für die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion hat zuerst für die Zeitspanne von 1970 bis 1975 und dann wieder für das Jahr fünf 1976—1980 je ein *landwirtschaftliches Produktionsprogramm* aufgestellt. Dieses hat sich, als Zielvorstellung und Entscheidungshilfe gedacht, zu einer nützlichen Richtlinie sowohl für den praktischen Landwirt als auch für die Behörden, die landwirtschaftlichen Organisationen und die Beratung entwickelt. Das landwirtschaftliche Produktionsprogramm für die Zeit von 1970—1975 konnte bei verschiedenen Verlagerungen im Gesamtrahmen annähernd verwirklicht werden. Während die tatsächliche gesamte Ackerfläche deutlich hinter dem Programmziel zurückblieb, konnten die Programmziele

im Fleischsektor mit einer Marktsättigung erreicht werden. Der Milchsektor war durch überhöhte Kuhbestände und Milchverwertungsschwierigkeiten gekennzeichnet. Nicht alle im Produktionsprogramm 1975—1980 vorgegebenen Ziele konnten bisher erreicht werden. Die Abweichungen liegen aber hauptsächlich nicht in der Tendenz, sondern im Tempo der gewünschten Entwicklung. Dies gilt in erster Linie für den Ackerbau, wo der Rückstand gegenüber dem Programm noch beträchtlich ist. Die gute Nachfrage beim Fleisch konnte durch eine entsprechend hohe Produktion ausgenützt werden, wenn auch das Optimum zwischen guten Preisen und hohem Selbstversorgungsgrad schwer zu finden ist. Dank den Lenkungsmassnahmen, aber auch den Produktionsgegebenheiten (Futtermenge und Qualität) konnte die Milchproduktion an die anvisierte Basismenge im grossen und ganzen angepasst werden. Im Verlauf der nächsten Jahre darf ein angemessener Abbau der Kuhbestände im Rahmen der im Produktionsprogramm vorgezeichneten Entwicklung erwartet werden.

Landwirtschaftlicher Aussenhandel

Die Ausrichtung der Produktion auf den Absatz ist schwer zu meistern und verlangt harte Eingriffe und schwerwiegende Massnahmen. Unsere Bemühungen zur Erreichung der gesteckten Ziele dürfen aber nicht durch die Entwicklung unserer im internationalen Vergleich sehr liberalen Verflechtungen mit dem Ausland um den Erfolg geprellt werden. Der oberste Zweck der *Aussenhandelspolitik auf dem Agrarsektor* besteht darin, in unserem Land einen *Selbstversorgungsgrad von 50 bis 60% zu bewahren*. Dabei ist vor allem mit Rücksicht auf die Vorsorge für Zeiten gestörter Zufuhren der Produktion auf landeseigener Futterbasis erste Priorität einzuräumen.

Die handelspolitischen Massnahmen im Agrarbereich haben zusehends *an Wirksamkeit verloren*. Der ständig steigende Selbstversorgungsgrad innerhalb der Europäischen Gemeinschaft führt dazu, dass einerseits den schweizerischen Agrarprodukten von Brüssel aus der Zutritt zum EG-Markt erschwert wird und dass andererseits unsere Produkte im Inland und in Drittländern infolge massiver Subventionen für die ausgeführten EG-Produkte einer immer härteren Konkurrenz ausgesetzt sind. Unsere Agrarzölle und Preiszuschläge büsst mit der Geldentwertung ihre ursprüngliche Wirkung ein. Durch verbesserte Produktions-, Transport- und Lagertechniken verlor der Distanzschutz weiter an Bedeutung. Verschiedene Umgehungsmöglichkeiten sowie private Einfuhren im Rahmen des

Grenzverkehrs schwächen die Wirkung des Aussenhandelsinstrumentariums für die einheimische Produktion. Schliesslich beeinträchtigt die Entwicklung auf dem Währungssektor die Absatzmöglichkeiten unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl im Inland als auch im Ausland.

Der Bauernverband hat dem Bundesrat eine detaillierte Eingabe eingereicht. Die darin enthaltenen Vorschläge zielen darauf ab, dem eingesetzten Instrumentarium den ursprünglichen Wirkungsgrad zurückzugeben und damit der einheimischen Produktion die angestammten Absatzmöglichkeiten zu sichern. Dies erfordert eine *generelle Überarbeitung der Aussenhandelsmassnahmen*. Dabei geht es grundsätzlich nicht um einen zusätzlichen Agrarprotektionismus, sondern um die Unterbrechung und Rückgängigmachung von Zerfalls-, Umgehungs- und Abbautendenzen. In Zusammenarbeit mit dem Vorort haben wir ferner die sich verschlechternde Lage unserer *einheimischen Nahrungsmittelindustrie* gründlich analysiert und zugunsten dieser für die Landwirtschaft und die Landesversorgung immer wichtiger werdenden Verarbeitungsindustrie geeignete Massnahmen vorgeschlagen. Ähnliche Arbeiten wurden für die Landwirtschaft für Holz, Zellulose, Papier und andere Derivate vorangetrieben.

Raumplanungsgesetz

Eine nach bundesrechtlichen Grundsätzen gestaltete *Nutzungsordnung des Bodens* ist die Grundlage für eine geordnete landwirtschaftliche Bodenpolitik. Durch die Ausscheidung von Landwirtschaftszonen soll in allen Kantonen vor allem der gute, rationell bearbeitbare Boden der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten bleiben und vor willkürlicher, vorzeitiger Zweckentfremdung geschützt werden. Wir haben uns für eine solche Ordnung einzusetzen, ist doch der Boden die erste und wichtigste Produktionsgrundlage unserer bäuerlichen Familienbetriebe, die wir zu schützen haben.

Das erste Raumplanungsgesetz ist 1976 vom Schweizervolk abgelehnt worden. Inzwischen mussten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass wir die Flächenbeiträge im Berggebiet, die im volkswirtschaftlichen Ausgleich gemäss Raumplanungsgesetz eine zwingende Rechtsbasis erhalten hätten, nunmehr mühsam auf anderem Wege zu erreichen haben. Auch werden wir auf den auf echte Solidarität gegründeten Planungswertausgleich innerhalb der Landwirtschaft verzichten müssen. Die Neuauflage des Raumplanungsgesetzes trägt den Einwänden der Gegner der ersten Vorlage weitgehend Rechnung. In der Behandlung des Gesetzes im Ständerat wurden die Kompetenzen



Unberührte Natur, Pilatusgebiet

der Kantone noch weiter ausgebaut. Den Anliegen der Landwirtschaft wurde dabei nur ungenügend Rechnung getragen. So fehlt bei der Schaffung der Richt- und Nutzungspläne das bundesrechtlich verankerte Mitspracherecht der von der Planung am meisten betroffenen Grundeigentümer. Sodann sind die Kantone nicht etwa verpflichtet, sondern bloss ermächtigt, die durch die Planung entstehenden Vor- und Nachteile angemessen auszugleichen. Im weiteren ist unsere Forderung nach besonderer Berücksichtigung des produzierenden Gartenbaues nicht beachtet worden. Schliesslich hat der Ständerat auch die Bestimmung gestrichen, dass bei der Bewilligung von nichtlandwirtschaftlichen Bauten in der Landwirtschaftszone auf die Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen sei. Es ist nur zu hoffen, dass der Nationalrat sich noch korrigierend durchsetzen kann, ansonst die *Bedeutung dieses Gesetzes für die Landwirtschaft erheblich relativiert* wird.

Boden- und Pachtrecht

Ausgehend von einer vernünftigen Nutzungsordnung des Bodens sind im Liegenschaftsverkehr bei der Knappheit der verfügbaren Fläche und der hohen

Nachfrage nach Land Rechtsnormen zum *Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes* unerlässlich. Das Bundesgesetz über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes aus dem Jahre 1953 vermag den berechtigten Interessen der Selbstbewirtschaftler beim landwirtschaftlichen Bodenerwerb nicht zu genügen. Das Eidg. Justizdepartement will demnächst zur Überprüfung dieser Frage eine Expertenkommission einsetzen.

Die *Revision des landwirtschaftlichen Pachtrechtes* ist noch vordringlicher. Der Bundesrat hat kürzlich eine Expertenkommission beauftragt, Revisionsvorschläge auszuarbeiten. Ein Schwerpunkt unserer Forderungen betrifft das Bundesgesetz über die Kontrolle landwirtschaftlicher *Pachtzinse*. Der im Gesetz festgelegte Pachtzinsansatz von 5½ bis 6% des Ertragswertes bedarf der Überprüfung. Die neuen Schätzungsgrundlagen zur Ermittlung von Ertragswert und Pachtzins verlangen eine periodische Anpassung der Zinssätze. Wir beantragen darum, dass der Pachtzinsansatz nicht mehr im Gesetz, sondern auf dem Verordnungsweg durch den Bundesrat festgelegt wird.

Wenn gegenüber der bisherigen Ordnung die Änderung des Pachtzinsgesetzes den berechtigten Forderungen

der Verpächter Rechnung trägt, so ist der *Ausbau des Kündigungsschutzes* als zweiter Schwerpunkt unserer Revisionsbegehren ein besonderes Anliegen der Pächter. Der rechtschaffene Pächter muss bei der grossen Nachfrage nach Pachtgütern vor willkürlicher Pachtkündigung besser geschützt werden. Auch in dieser Frage unterbreiten wir konkrete Vorschläge. Schliesslich verlangen wir, dass die um sich greifende *parzellenweise Verpachtung* ganzer lebensfähiger Betriebe zukünftig der Bewilligungspflicht unterstellt wird. Der Schutz der bestehenden selbständigen Familienbetriebe gehört zu unseren vornehmsten Aufgaben. Deshalb müssen wir verhindern, dass ganze existenzfähige Bauernbetriebe aus rein materiellen Interessen des Eigentümers zerstückelt werden.

Sozialpolitik

In allen sozialpolitischen Fragen geht es darum, dass für die Landwirtschaft *nur dort Sonderlösungen gesucht werden, wo Sonderprobleme bestehen*. Eine solche eidgenössische Ordnung besteht für die Familienzulagen. Hier drängen sich eine Anpassung der Einkommengrenzen für die Bezugsberechtigung und eine Erhöhung der Kinderzulagen

auf. Dies sollte auf den 1. Januar 1980 realisiert werden können. Darüber hinaus verlangten wir vom Bund aber auch eine grundsätzliche Überprüfung der Frage, ob es nicht möglich wäre, dass alle Bauern, unabhängig von ihrem Einkommen, für ihre Kinder Kinderzulagen erhalten könnten. Eine solche Lösung ist unter finanzieller Mitbeteiligung der Bauern in einzelnen Kantonen bereits heute verwirklicht. Diese Abklärungen werden aber einige Zeit in Anspruch nehmen.

Mit besonderem Nachdruck vertreten wir das Postulat, dass *bei allen Sozialversicherungsgesetzen die familieneigenen Mitarbeiter gleich behandelt werden wie die Selbständigerwerbenden*

und dass sie nicht den allgemeinen Obligationen für Arbeitnehmer unterstellt werden. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung, der Unfallversicherung, der Krankenversicherung als auch für die berufliche Vorsorge.

Schlussbemerkungen

Es zeigt sich, dass die Landwirte in einem *ständigen Anpassungs- und Umwandlungsprozess* leben und leben müssen. Die Probleme werden komplizierter, die Massnahmen verstrickter und immer weniger überschaubar, die Eingriffe des Staates härter. Die Ziele der Agrarpolitik sind in Verfassung, Ge-

setzen und Landwirtschaftsberichten des Bundesrates klar definiert und glücklicherweise im gesamten Schweizervolk fest verankert. Wenn wir aber die gesteckten Ziele erreichen wollen, dürfen wir vor der zunehmenden Komplexität der Probleme nicht zurückschrecken. Wir müssen einsehen, dass es hier keine föderalistischen Lösungen gibt, dass die Grundfragen der Agrarpolitik nur gemeinsam angegangen und nur von einer geschlossenen bäuerlichen Bevölkerung gelöst werden können. Unsere Glaubwürdigkeit gegenüber Behörden und Öffentlichkeit muss auf die *Selbsthilfe* aufbauen. Die kommenden Jahren werden noch schwierigere Aufgaben stellen.

Kantonsfinanzen auf dem Gleichgewichtspfad

Für das laufende Jahr 1979 ist gemäss den *Voranschlägen der Kantone* mit einem Ausgabenüberschuss aller Stände von insgesamt rund 700 Mio Fr. zu rechnen; drei Kantone, nämlich Schaffhausen, Thurgau und Jura, budgetieren sogar positive Rechnungsabschlüsse. Dieses Gesamtdefizit, bei dem buchmässige Posten wie etwa Tilgungen abgezogen sind (so dass Vergleiche mit

den von den Kantonsregierungen publizierten Budgets teilweise Abweichungen ergeben), liegt um 300 bis 400 Mio Fr. unter den Budgetzahlen für 1978. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Rechnungen der Kantone in den letzten Jahren durchwegs besser als budgetiert abgeschlossen haben. 1977 beispielsweise belief sich der gesamte Fehlbetrag aller Kantone effektiv auf

334 Mio Fr., während die Voranschläge mit Ausgabenüberschüssen in der Grössenordnung von 1,5 Mia Fr. gerechnet hatten. Man hat mithin einigen Grund zu vermuten, dass in den Kantonsfinanzen eine *Wende hin zum Gleichgewicht* eingetreten ist. Nicht weniger als 10 Kantone — Bern, Luzern, Schwyz, Glarus, Schaffhausen, Appenzell I.-Rh., St. Gallen, Thurgau, Tessin und Waadt — sehen denn auch bereits wieder *Steuererleichterungen* vor.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich 1979 für die Gesamtheit der Kantone ein mutmassliches *Ausgabenwachstum* von 2,9%, das damit nicht wesentlich über dem Wachstum des Sozialproduktes liegen dürfte. Die *Zuwachsrates bei den Einnahmen* wird mit durchschnittlich 5% einkalkuliert, unter anderem weil in den Kantonen mit zweijährigem Veranlagungsrhythmus eine neue Steuerperiode beginnt und weil höhere Anteile an Bundeseinnahmen zu erwarten sind. Es leuchtet ein, dass in den einzelnen Ständen wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur und Finanzstärke sowohl bei der Ausgaben- wie bei der Einnahmenentwicklung zum Teil grosse Differenzen festzustellen sind.

Die Kantonsfinanzen waren seit 1962 Jahr für Jahr defizitär. Nun scheinen die bei den meisten Kantonen vorgenommenen Anstrengungen, die Fehlbeträge zu reduzieren oder ganz zum Verschwinden zu bringen, endlich Früchte zu tragen. Gewiss sind ausgeglichene Staatsfinanzen zum Beispiel aus konjunkturpolitischer Optik nicht immer ein Ziel an sich. Im Hinblick auf die *Begrenzung des Staatsanteils*, die *Milderung überhöhter Steuern* und die *Abtragung der Schuldenlast* ist die neueste Entwicklung der Kantonsfinanzen aber doch positiv zu beurteilen. G. B.

Eindrücklicher Umschwung bei den Kantonsausgaben

Das jährliche *Wachstum der Kantonsausgaben* hat sich seit Beginn der siebziger Jahre *in starkem Mass verlangsamt*. Betrug die Zuwachsrates 1971 gegenüber 1970 noch 19,9%, so sank sie in der Folge kontinuierlich auf 16% (1972), 14,6% (1973), 12% (1974), 8,7% (1975) und auf 7,6% im Jahre 1976. 1977 wurde sogar ein Rück-

gang um 0,2% auf 19860 Mio Fr. registriert, so dass die gesamten Kantonsausgaben die *20-Milliarden-Grenze* noch nicht überschritten haben. Trotz der klar verminderten Ausgabenexpansion lässt sich nicht übersehen, dass die Kantonsausgaben sich innerhalb von 7 Jahren mehr als verdoppelt haben. 1970 betragen sie 9533 Mio Fr. wf.

Verminderte Umsätze im Kleinhandel

Im dritten Quartal 1978 lagen die *Umsätze im schweizerischen Detailhandel* wertmässig durchschnittlich um 1,2% unter jenen des Vorjahres; mengenmässig war der Rückgang etwas grösser, weil die Konsumentenpreise im Mittel noch immer leicht gestiegen sind. Seit Mitte 1976 waren die Kleinhandelswertumsätze in jedem Quartal höher gelegen als in der jeweiligen Vorjahresperiode. Als Ursache für den *rückläufigen* Trend wird unter anderem die *Witterung* angegeben; sowohl das

schlechte Wetter im Juli und August wie andererseits der milde September wirkten sich offenbar in wichtigen Zweigen des Detailhandels negativ aus. Im weiteren wird darauf hingewiesen, dass speziell in Grenzgebieten eine *verstärkte Abwanderung von Kunden ins Ausland* festzustellen ist. Dies unterstreicht die Feststellung, wonach nicht nur die Exportwirtschaft, sondern auch gewisse Inlandsbranchen direkt durch die Frankenteuerung betroffen sind.

wf.

Kursliste 1979 der Eidgenössischen Steuerverwaltung

Bewertung von Kassenobligationen der Banken

Für die Bewertung von Kassenobligationen der Banken gelten für die Steuererklärungen 1979 folgende Kurse:

Fälligkeit	1.1.79 – 30.6.79	1.7.79 – 30.6.80	1.7.80 – 30.6.81	1.7.81 – 30.6.82	1.7.82 – 30.6.83	usw.
%	%	%	%	%	%	usw.
3	100	100	100	100	100	usw.
und höher						
2¾	100	99,75	99,50	99,25	99	usw.
2½	100	99,50	99	98,50	98	usw.
2¼	100	99,25	98,50	97,75	97	usw.
2	100	99	98	97	96	usw.
usw.						

Für die Deklaration der übrigen Wertpapiere (Anleihens-Obligationen, Aktien), Gold usw. sind ebenfalls die Werte in der Kursliste der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom 1. Januar 1979 heranzuziehen.

Wassermangel im Jahre 2015

Je mehr die Weltbevölkerung wächst, um so mehr werden die Trinkwasservorräte abnehmen. Leider wird ausserdem das Wasser vergeudet, verschmutzt, vergiftet und gelangt unsauber zum Verbrauch, was die Möglichkeit seiner Erneuerung fast ausschliesst. Wenn man eine Wasserkrise in der Welt verhindern will, müssen Langzeitprogramme anlaufen, um der Bevölkerung genügend Trinkwasser zu garantieren und das kostbare ökologische Gleichgewicht von Flüssen und Seen zu erhalten. Im folgenden veröffentlichen wir aus dem Unesco-Kurier Nr. 2/1978 einen Artikel von zwei anerkannten Hydrologen, Valentin Korzun und Alexej Sokolow, zu diesem Problem.

Schätzt man die gesamte Wassermenge unseres Globus, so kommt man auf die gigantische Zahl von 1 Mia und 386 Mio km³. Gleichmässig auf die Erdoberfläche verteilt, ergäbe dies einen erdumspannenden Ozean von nicht weniger als 3700 m Tiefe.

Weil nun unsere Weltmeere tatsächlich 96,5% aller Wasservorkommen – 1,338 Mia km³ – beinhalten, müsste unser Planet eigentlich nicht «Erde», sondern folgerichtig «Ozean» heissen. Im natürlichen Wasserkreislauf verdampft die Meeroberfläche Wasser in die Atmosphäre, das dann als Regen oder Schnee zur Erde fällt und sich letztlich wieder im Meer sammelt. Dieser endlose Zyklus regeneriert die Qualität des Wassers für den weiteren Gebrauch. Im Gegensatz zu Erdöl, Erdgas, Kohle und anderen Rohstoffen kann das Wasser immer und immer wieder von neuem verwendet werden, ohne dass seine Menge insgesamt abnimmt. Obschon wir keinen stichhaltigen Beweis für das Vorhandensein eines Lecks in der Atmosphäre haben, aus dem Wasser in den Weltraum ausfliessen

könnte, so dass die Wasserreserven vermindert würden und aus unserem Planeten eine dürre, leblose Wüstenlandschaft würde, heisst das noch lange nicht, dass es kein Wasserproblem gibt.

Jahrhundertlang hat der Mensch Wasser vergeudet und seine regenerierenden Eigenschaften bis aufs äusserste strapaziert. Und wenn wir auch die düsteren Zukunftsprognosen gewisser Futurologen nicht teilen, sind wir doch davon überzeugt, dass das Wasserproblem zu den kritischsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit zählt.

Der springende Punkt ist dabei der, dass der Mensch Wasser zum Leben und Arbeiten braucht, vor allem frisches Wasser oder doch zumindest solches von einer gewissen Qualität. Weil aber der überwiegende Teil der Vorkommen in den Weltmeeren gebunden ist, muss dieses Wasser vor dem Gebrauch entsalzt werden, was leider noch immer ein höchst kostspieliges Unterfangen ist.

Wirtschaftlich ist die Entsalzung von

Meerwasser nur in extremen Notsituationen und wird in Zukunft auch mehr und mehr angewendet werden, doch darf man ihre Bedeutung für den weltweiten Wasserhaushalt nicht überbewerten.

Im Internationalen Hydrologischen Jahrzehnt haben sowjetische Wissenschaftler eine genaue Bestandaufnahme der Frischwasserreserven der Erde erstellt und sind auf die Zahl von 35 Mio km³ gekommen (Flüsse, Seen, Grundwasser, Schnee- und Eismassen eingerechnet). Das entspricht ungefähr 2,5% der gesamten Wasservorkommen. Der sofort verfügbare Teil davon ist nochmals kleiner, weil 70% dieses Bestandes, d.h. über 24 Mio km³, buchstäblich auf Eis liegen und praktisch unzugänglich sind: die Schnee- und Eismassen der Arktis, der Antarktis und Grönlands.

Über 10,5 Mio km³ Frischwasser liegen unter der Erdoberfläche und stellen für viele Länder den wichtigsten Vorrat dar. Dieses Naturreservoir kann aber nur unter extremen Schwierigkeiten angezapft werden, einmal, weil es weltweit ungleichmässig verteilt ist, und dann, weil immer höchstens die Menge entzogen werden kann, die entweder als Niederschlag oder Abwasser wieder zusickert und dabei im Boden gereinigt wird. In den meisten Ländern wird der Wasserbedarf des Menschen deshalb auch in Zukunft aus den Vorkommen an der Erdoberfläche, den Flüssen und Seen, gedeckt werden, und gerade diese Reserven sind nicht unerschöpflich. Letzte

Erhebungen zeigen, dass Flüsse und Seen nur noch $95\,000\text{ km}^3$ – gleich $0,26\%$ der Frischwasserreserven oder $0,007\%$ des gesamten Wasservorkommens der Erde – enthalten.

Auf das Land kommt das Wasser aus der Verdunstung der Meeresoberfläche in die Atmosphäre und wird später als Niederschlag in Seen und Flüssen wieder gesammelt. Der Ozean wirkt somit als riesige Entsalzungsanlage der Natur und regelt sowohl die Menge als auch die Qualität der Frischwasserreserven. Laut neuesten Zahlen beträgt die jährliche Niederschlagsmenge, die über den Landmassen abregnet, $119\,000\text{ km}^3$. Davon werden den Meeren lediglich etwa $45\,000\text{ km}^3$ durch die Flüsse zugeführt und etwa $2\,000\text{ km}^3$ durch Arktis und Antarktis. Der Rest verdunstet entweder in die Atmosphäre oder versinkt tief im Boden.

Die Versorgung mit regeneriertem Wasser wird also durch die jährliche Niederschlagsmenge bestimmt, die sich in den Flussbetten ansammelt, vergleichbar etwa mit dem Ertrag aus dem investierten Kapital, der weiterverwendet werden kann, ohne das Grundkapital anzugreifen.

Das eigentliche Problem ist daher nicht

die weltweite Wasserverknappung, sondern die begrenzte Regeneration des Frischwassers. In einigen Ländern und Regionen zeichnet sich schon heute ein Mangel an Frischwasser ab, der durch die Bevölkerungsexplosion sowie die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft immer bedrohlicher wird. Hinzu kommen jene, die Wasser als ein Geschenk der Natur betrachten, bei dem man sich nach Belieben bedienen kann, und die daher immer rücksichtsloser und eigennütziger mit dem Wasser umgehen. Das führt zu einer Verknappung des Nachschubs und einer qualitativen Verschlechterung, was wieder der Tier- und der Pflanzenwelt Schaden zufügt und das ökologische Gleichgewicht der Biosphäre durcheinanderbringt.

Wieviel Wasser braucht der Mensch? Ohne das kostbare Nass kann sich keine moderne Industrie entwickeln. Zur Gewinnung von 1 t Dieselöl sind 10 m^3 Wasser nötig, und $5\,600\text{ m}^3$ für 1 t Kunstfasern! Ein thermisches Kraftwerk für 1 Mio kWh braucht jedes Jahr zwischen $1,2$ und $1,6\text{ Mia m}^3$ Wasser. Der Hauptgrund für den wachsenden Wasserbedarf ist aber in der Bevölkerungsexplosion zu suchen. Seit 1900

hat sich die Bevölkerung der Erde mehr als verdoppelt – von $1\,670\text{ Mio}$ auf über 4 Mia . Bis zum Jahr 2015 rechnen die Demographen mit einer nochmaligen Verdoppelung auf 7 bis 8 Mia Menschen.

Bei der Berechnung des zukünftigen Wasserbedarfs muss nicht nur das Bevölkerungswachstum berücksichtigt werden. Je höher nämlich unser Lebensstandard steigt, desto mehr Wasser wird verbraucht.

Während sich die Erdbevölkerung seit 1900 verdoppelte, hat sich der Wasserkonsum von 400 km^3 auf $2\,800\text{ km}^3$ versiebenfacht. Jeder einzelne verbraucht heute das Dreifache dessen, was die Menschen um die Jahrhundertwende benötigten, vor allem weil immer mehr Leute in die Stadt ziehen. In Zahlen wurden um 1900 pro Kopf der Bevölkerung und Jahr 240 m^3 Wasser verbraucht, im Jahr 2015 werden es, nach unseren Berechnungen, $1\,130\text{ m}^3$ sein.

Der Wasserkonsum der Industrie erhöhte sich noch hemmungsloser, von 30 km^3 um die Jahrhundertwende auf 630 km^3 im Jahr 1975, also um das Zwanzigfache. Im gleichen Zeitraum versechsfachte sich der Wasserver-

Es wird bei uns einiges unternommen, um das Seewasser sauberzuhalten. Wie hier der Bodensee, der für den ganzen südbadischen Raum als Trinkwasserreservoir von unschätzbarem Wert ist.



brauch in der Landwirtschaft, von 350 km³ auf 2100 km³ pro Jahr.

Im Jahr 2015 wird der Verbrauch nach unseren Berechnungen pro Jahr sein: Industrie 2750 km³, Landwirtschaft 4700 km³, Haushalt 650 km³, weltweit insgesamt 8500 km³.

Dieser geschätzte Wasserkonsum entspricht 19% der Wassermenge von 45 000 km³, die alljährlich durch die Flüsse wieder dem Ozean zugeführt wird.

Auf den ersten Blick schaut die Rechnung nicht schlecht aus: Wasserverbrauch im Jahr 2015 = weniger als 25% der Frischwasservorräte. In Wirklichkeit darf man aber den Bedarf nicht am gesamten Wasserzufluss messen, sondern lediglich an dem Teil, der auch tatsächlich nutzbar ist.

Von Jahr zu Jahr und sogar je nach Jahreszeit führen die Flüsse höchst verschieden viel Wasser. Wir dürfen daher nur mit dem tiefsten Wasserstand rechnen, der konstant nutzbar ist, und der entspricht ungefähr 25% der Gesamtwassermenge. Wenn der Wasserfluss gesteuert wird, indem man mehr riesige Sammelbecken baut, lässt sich der Nutzanteil bestenfalls auf 50% steigern.

Hinzu kommt der höchst ungleichmäßige geographische Verlauf der Flüsse. Die Erde ist, grob gesagt, in zwei Teile geteilt: einen mit zuviel Feuchtigkeit und zuwenig Hitze und einen zweiten mit mehr als genug Hitze und zuwenig Feuchtigkeit. Der zweite Teil umfasst 33% der Fläche Europas, 66% Asiens, fast ganz Australien und den grössten Teil Afrikas sowie den Westen des nordamerikanischen und 30% des südamerikanischen Kontinents.

Im Vergleich der Pro-Kopf-Versorgung mit Frischwasser steht Europa mit fast 20% der Erdbevölkerung und nur 7% aller Frischwasservorräte am schlechtesten da. Asien mit 60% der Erdbevölkerung verfügt über knapp 31% der Reserve.

In allen bewohnten Gebieten unseres Planeten könnten zusammen rund 12 500 km³ erneuerbares Frischwasser effektiv genutzt werden. Damit liegen wir vom geschätzten Konsum im Jahr 2015 gar nicht so weit entfernt.

Das Wasserproblem wird durch die unaufhaltsame qualitative Verschlechterung der Frischwasservorräte zusätzlich erschwert. Schon heute beträgt die jährliche Abwassermenge, die in der Kanalisation verschwindet, 700 km³. Im Jahr 2015 dürften es über 2000 km³ sein, eingerechnet Wasser, welches zur Bewässerung verwendet wird.

Auch wenn man Schmutzwasser nach modernsten technischen Verfahren reinigt, muss mindestens das Zehnfache an Frischwasser beigesetzt werden, bevor es gefahrlos weiterverwendet werden kann. Gewisse Industrieabwässer



Auch die Tiere sind vom Wasser als Durstlöcher abhängig

müssen vielleicht sogar mit dem Hundert- oder Zweihundertfachen an Frischwasser vermischt werden. Im Jahr 2015 werden dazu ungefähr 20 000 km³ frisches Wasser nötig sein oder zweimal soviel, wie in den bewohnten Teilen unseres Planeten vorhanden ist.

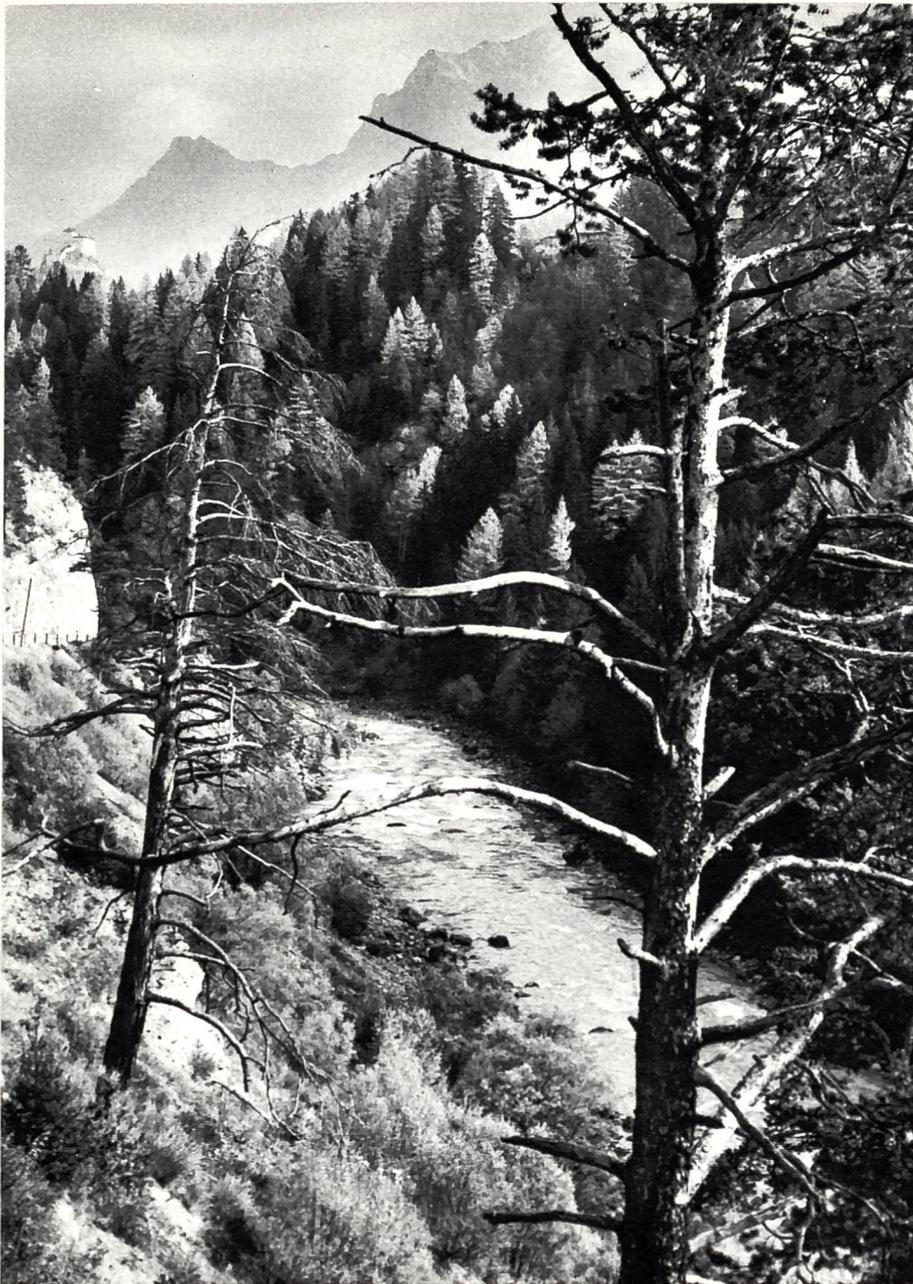
Das führt zum Schluss, dass bis zum Jahr 2015 die Wasserreserven in den bevölkerten Gebieten der Erde nahezu erschöpft sein werden. In gewissen Regionen und Flussgebieten wird es sogar schon Ende dieses Jahrhunderts soweit sein.

Wasserproblem und Wassernot durch Verknappung können nur durch ein vollumfängliches und weltumspannendes Konzept zur vernünftigen Nutzung der Vorräte überwunden werden. Na-

tional, regional und weltweit können wissenschaftlich geplante Massnahmen entwickelt und durchgeführt werden, die sowohl die Verschmutzung als auch das Versiegen der Wasservorräte verhindern.

Eine Methode, den Gebieten mit grosser Bevölkerungsdichte mehr Wasser zuzuführen, bestünde darin, dieses weniger dicht besiedelten Regionen mit einem Überschuss an Feuchtigkeit zu entziehen. Dort liegen nämlich etwa 50% aller Frischwasserreserven der Erde, die wir in unserer Kalkulation für das Jahr 2015 noch nicht berücksichtigt haben.

Die Nutzung dieses Vorrats durch Umleitung von Flüssen in wasserarme Gebiete stellt enorme technische Probleme und würde Unsummen verschlin-



Hier im Engadin fließt das Wasser noch reichlich und unverschmutzt

gen. Sie ist dennoch für eine Reihe von Ländern mit Wassermangel eine der realistischsten Lösungsmöglichkeiten. Der Wasser- und Elektrizitätsverbund Nordamerikas hat ein gigantisches Projekt vorgelegt, um bis zu 196 km³ Wasser aus den Flüssen Yukon, Fraser, Peace und Athabaska sowie einem Teil des Columbia Rivers in die wasserarmen Prärien Kanadas und der USA umzuleiten. Und in Südamerika möchte man den Strom des Amazonas und des Rio de la Plata, die zu den grössten Flüssen der Welt zählen, in ein anderes Bett lenken.

Afrika arbeitet an einem Projekt, einen bedeutenden Teil des Wassers aus dem Kongo in den Tschadsee zu leiten, um angrenzende Teile der Sahara zu bewässern. Die Sowjetunion steht vor der Frage, wie der Lauf der Ströme Weissrusslands von Norden nach Süden um-

geleitet werden kann, damit die Dürregebiete östlich der Wolga, Sowjetisch-Zentralasien und Kasachstan, Wasser erhalten. Ähnliche Pläne hegt man in Australien, Pakistan und in anderen Ländern.

Einige Wissenschaftler haben vor möglichen nicht vorhersehbaren und unangenehmen Folgen gewarnt, die ein derart beispielloser Eingriff in die Natur nach sich ziehen könnte. Sie befürchten Auswirkungen auf die Erdrotation und das Klima unseres Planeten. Aber sowjetische Untersuchungen haben gezeigt, dass diese Bedenken unbegründet sind. Die Wassermenge, um die es dabei geht, ist nur ein winziger Teil der gesamten Menge von annähernd 12 900 km³, die in der Atmosphäre zirkuliert.

Im Bewusstsein, dass das Wasserproblem in vielen Ländern akut wird, be-

schloss die Unesco-Generalkonferenz an ihrer 13. Session im Jahr 1964 ein weltumspannendes Programm für internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit – das Internationale Hydrologische Jahrzehnt. Dieses Programm umfasste mehr als 60 Einzelprojekte, Wissenschaftler aus 108 Ländern sowie eine Reihe von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen.

Die Erfahrungen, welche die Mitwirkenden im Laufe des Internationalen Hydrologischen Jahrzehnts sammeln konnten, wurden an zahlreichen wissenschaftlichen Konferenzen, Symposien und Seminaren diskutiert und in internationalen Handbüchern und anderen Dokumenten veröffentlicht. Trotz des relativen Erfolgs konnten viele Probleme nicht gelöst und einige von ihnen fast kaum angepackt werden.

Das führte 1975, unmittelbar nach dem Ablauf des Internationalen Hydrologischen Jahrzehnts, zum Beginn eines neuen, weitreichenden und langfristigen Programms internationaler Zusammenarbeit unter Leitung der Unesco und mit der aktiven Mitwirkung vieler Länder und internationaler Organisationen. Dieses Internationale Hydrologische Programm (IHP) ermöglicht den Austausch von Erfahrungen über Sammlung, Verarbeitung und Auswertung von hydrologischen Daten, die Erarbeitung von physikalischen und mathematischen Modellen zur Erklärung von naturbedingten und künstlichen Erscheinungen der Hydrologie, die verbesserte Versorgung mit Zahlen und Daten zur Automatisierung von Systemen der Wasserhaushaltung, den Einsatz von modernsten Techniken und Apparaten zum Studium der Wasservorräte über Satelliten, Sensoren und die Zusammenarbeit bei der Ausbildung wissenschaftlicher und technischer Mitarbeiter. Gegenwärtig arbeiten Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt am Internationalen Hydrologischen Programm der Unesco. Es wird ausserdem unterstützt durch die Meteorologische Weltorganisation (WMO), die Internationale Vereinigung für Hydrologische Wissenschaften (IAHS), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sowie viele weitere internationale, staatliche und nichtstaatliche Organisationen. Diese zunehmend enger werdende internationale Zusammenarbeit ist wesentlich, soll das Wasserproblem der Erde gelöst werden.

Herzhaftigkeit ist bloss Temperamenteigenschaft. Der Mut dagegen beruht auf Grundsätzen und ist eine Tugend. *Kant*

Zur Arbeit, Lieb' und zur Veredlung ward Das Leben uns gegeben. Fehlen die, Was hat der Mensch am Leben? Hat er sie Was fehlet ihm, worüber wollt' er klagen? *Herder*

Raiffeisenkasse führt zu erfolgreicher Hilfsaktion

«Terzal d'aint»

Das ist romanisch und bedeutet nichts anderes als «hinteres Drittel». Gemeint ist das hintere Drittel des bündnerischen Münstertales mit den drei kleinen Gemeinden Tschierv, Fuldera und Lü. Davon ist die kleinste diejenige mit nur zwei Buchstaben «Lü». Sie weist nur 68 Einwohner auf und ist die höchstgelegene Gemeinde der Schweiz mit eigenem Schulhaus und eigener Kirche (1920 mü. M.). Tschierv und Fuldera liegen in der Talsohle am Ofenpass. Beide Bergdörfer zählen je rund 120 Einwohner. 1970 schlossen sich diese drei Dörfer zusammen zur Gründung der Raiffeisenkasse «Terzal d'aint». Wie der Name sagt, wird hier romanisch gesprochen. Ihr Präsident ist Jacques Gross, Magister von Lü. In ihrer achtjährigen Tätigkeit hat sie bereits beachtliche Erfolge aufzuweisen. Dafür spricht die Bilanzsumme von 1,724 Mio und die erarbeiteten Reserven von 54 200 Fr.

Lü und Wädenswil

Ja, wie kommt denn das kleine Bergnest im Bündner Münstertal mit der industriereichen Gemeinde Wädenswil am Zürichsee zusammen? Ganz einfach durch den damaligen Präsidenten des Bündner Regionalverbandes der Raiffeisenkassen, Rudolf Hottinger. Er hatte zur Gründung der Kasse «Terzal d'aint» angeregt und dabei das hochgelegene

Bergdorf «Lü» kennengelernt. Beeindruckt von den grossen Aufgaben, vor die sich diese kleine Gemeinde gestellt sah, erfasste ihn der Gedanke, das grosse Dorf am Zürichsee – es war seine Heimatgemeinde – könnte Lü etwas helfen, seine Bürden leichter zu tragen. Seine Anregung dazu fiel in Wädenswil auf guten Boden. Es kam zur Gründung einer Aktionsgemeinschaft «Wädenswil für Lü».

Wädenswils Aktivitäten

Erste Helfer waren SAC-Freunde. Sie wußten die Presse und vor allem die vielen Ortsvereine für diese praktische Hilfe zu gewinnen. Schulen und Kirchen machten mit. Theateraufführungen, Konzerte, Vereinsanlässe, eine Leserreise des Allgemeinen Anzeigers vom Zürichsee u. a. ergaben beachtliche Beiträge. Nicht minder erfreulich waren Kontakte kultureller Art. So stellte Lü Ferienwohnungen für Bedürftige ausserhalb der Saison gratis zur Verfügung, und Wädenswil nahm die Schüler von Lü – 17 an der Zahl – für eine Ferienwoche auf. Das schön gelegene Lü wurde von zahlreichen Wädenswilern besucht. Und die Hauptsache: Lü erhält aus der Sammelaktion 152 000 Fr. Damit hat es seine Dorfstrasse saniert, die Schulhausheizung installiert – und es verfügt noch über einen Rest für weitere Aufgaben. Bravo, nicht wahr! Aber was geschieht z. B. für Scheid?
R. Hottinger

Lesermeinung – Zum Artikel «Bankeninitiative»

Sehr geehrter Herr Redaktor,

Die Erwiderung von Markus Ziegelmüller zum Thema Bankeninitiative finde ich mehr als berechtigt. Man sollte doch nicht bei jeder Gelegenheit den Teufel Systemveränderung an die Wand malen. Was versteht man eigentlich darunter? Vermutlich bedeutet alles, was von links kommt, zum voraus einen Schritt zur Systemveränderung. Hat man denn so wenig Vertrauen in die Güte unserer staatlichen Grundlagen und in den gesunden Verstand unserer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger? Dieses Schlagwort ist bei vielen jungen Leuten

nicht mehr zugkräftig. Sie kommen zur Überzeugung, dass notwendige Veränderungen nur über die Linksparteien zu erreichen sind, und wandern ab. Sind nicht auch gerade die Genossenschaftsbanken nach Raiffeisen systemverändernd? Es gibt Menschen, die sehr rasch die Freiheit in Anspruch nehmen, wenn es ihnen zum Vorteil gereicht. Auch die Gurtengegner reiten auf dem Wort Freiheit. Es sind die Egoisten, die die Freiheit kaputtmachen! Ich sehe schon jetzt, wie man bei der Abstimmung dem letzten kleinen Sparer das Fürchten vor der Öffnung des Bankgeheimnisses beibringt.

VORANZEIGE

Der Verbandstag 1979 findet am **9./10. Juni 1979** in Montreux statt

Sekretariat

Verdienten Raiffeisenmännern zum Gedenken

Ernest Meichtry-Steiner, Feschel-Guttet VS

Am Dienstag, den 16. Januar 1979, nahm eine grosse Trauergemeinde für immer Abschied von unserem beliebten Mitbürger Meichtry Ernest. Eine längere Krankheit beendete nach 83 Jahren sein Erdendasein.

Ernest Meichtry erblickte am 6. Dezember 1896 das Licht dieser nicht immer so frohen Welt. Schon früh lernte er das harte Leben eines Bauernbuben kennen. Trotzdem dachte er gerne an seine Jugend zurück. Im Wonnemonat Mai des Jahres 1926 reichte er Maria Steiner aus seiner Heimatgemeinde die Hand zum Lebensbunde. Dieser Ehe entsprossen 4 Mädchen und 2 Knaben. Die Eltern erzogen ihre Kinder zu rechtschaffenen Menschen, denen auch der rauhe Wind des Lebens nichts anhaben konnte.

Früher war in unseren Dörfern das Halbnomadentum üblich. Auch Ernest Meichtry schloss sich davon nicht aus. Jeden Frühling und Herbst zog er mit seiner Familie auf ein Aussengütlein. Das Leben als Bergbauer war oft hart und ohne finanzielle Anreize. Deshalb arbeitete der Verstorbene rund 18 Jahre bei der Alusuisse in Chippis.

Schon früh übertrugen ihm die Bürger öffentliche Ämter. 1928 bis 1932 leitete er als Präsident die Geschicke seiner Heimatgemeinde. Die folgenden vier Jahre gehörte er dem Gemeinderat an. Auch der Raiffeisenkasse stellte der Heimgegangene seine Dienste zur Verfügung. Von 1934 bis 1974 gehörte er dem Vorstand unserer Dorfbank an. Wer ihn kannte, wusste seine Ratschläge zu schätzen. Er war ein markanter Mann mit etwas rauher Schalë, aber weichem Kern. Mit einem Buch oder einer guten Zeitschrift konnte man ihm viel Freude bereiten. Nach einem ruhigen und erfüllten Lebensabend ist er nun heimgegangen zum himmlischen Vater. Alle, die ihn kannten, werden seiner in Ehrfurcht gedenken. *sm.*



Humor

Humor in Polen

Seit der Papstwahl kursiert in Polen bereits ein neuer Witz als Ventil für politisches Unbehagen: «Wir haben einen Nobelpreisträger für Literatur, wir haben Brezinski im Weissen Haus, wir haben Begin in Israel, wir haben den Papst im Vatikan – nur Fleisch haben wir nicht.»

Sag es mit Musik

Die jugoslawische Volksängerin Silvana Armenulic wurde von Dieben beim Wort genommen, die aus ihrer Wohnung wertvollen Schmuck mitgehen liessen. Silvanas erfolgreichster Schlager betitelte sich: «Nimm alles, aber stiehl mir nicht das Herz...»

Humor im Bauernhaus

«Z'Wiehnachte hämmer en neue Radio übercho: I bi 's Mikrophon, d'Frau der Verstärker, d'Schwiegermuetter de Widerstand.»

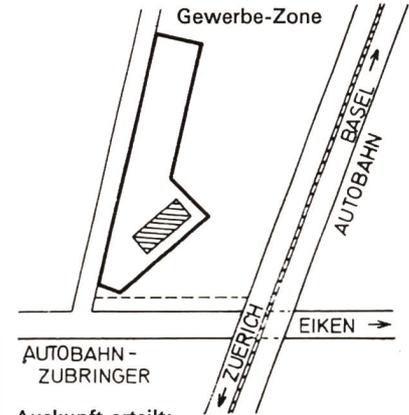
Herr Pfarrer im Unterricht: «Losid Chind, wenn eer alli Schöfli wäärid, was wäär denn i?» – «'s schwarz Schof, Herr Pfarrer.»

Während der Gemeinderatssitzung entschuldigt sich ein Appenzeller: «Si tönd mi sicher entschuldige, mini Herre, i mos wädli goh, si warted dehääm of es Chalb...»

(Kathol. Schweizer Bauer)

Zu verkaufen

in Eiken 48,56 Aren Bauland
mit Lagerhalle
Gewerbe-Zone



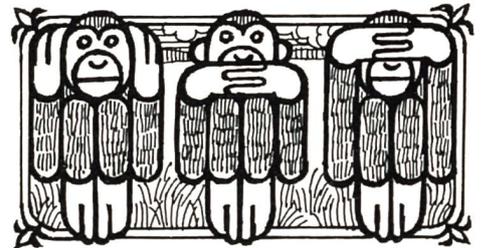
Auskunft erteilt:
Trocknungsgenossenschaft
Fricktal/Eiken
Tel. 064 61 24 73

An die Verwalterinnen und Verwalter

Adressänderungen und Neuabonnenten für den «Schweizer Raiffeisenbote»

Eine einwandfreie und reibungslose Mutation ist nur dann gewährleistet, wenn Sie die folgenden wichtigen Punkte beachten:

1. Sämtliche Adressänderungen und Neuabonnenten müssen **ausschliesslich durch die entsprechende Raiffeisenkasse** gemeldet werden. Nur so kann jede Kasse ihre Abonnenten lückenlos kontrollieren und mit der von der Druckerei jährlich 1 x ausgedruckten EDV-Mitgliederliste vergleichen. Aus diesem Grunde sind Adressänderungen durch die Post oder durch das Mitglied selbst unzulässig.
2. Die Meldung von Adressänderungen und Neuabonnenten hat **ausnahmslos mit der vorgedruckten grünen Mutationskarte** zu erfolgen. Diese muss in jedem Fall genau und **vollständig ausgefüllt** sein. Vergessen Sie nicht, die **Berufsbezeichnung**, das **Geburtsjahr** und die **Kassenzugehörigkeit** anzugeben. Unentbehrlich ist bei Adressänderungen zusätzlich die Angabe der auf der Adressetikette (oder auf der jeder Kasse jährlich 1 x zugestellten Mitgliederliste) ersichtliche **Referenz-Nummer**. Unvollständig oder nicht mit der grünen Karte gemeldete Mutationen müssen zurückgewiesen werden. (Verwalterinnen und Verwalter können die grünen Mutationskarten beziehen durch: Schweizer Verband der Raiffeisenkassen, Redaktion, Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen, Telefon 071-209111.)
3. Die Meldung hat **direkt an die Walter-Verlag AG, Abt. EDV, Postfach, 4600 Olten 1**, zu erfolgen.
4. **Melden Sie Adressänderungen sofort**, d. h. sobald die Adressänderung in Kraft tritt. Wenn die Meldung nicht pünktlich erfolgt oder zeitlich mit den Versandvorbereitungen zusammenfällt, ist es möglich, dass der Abonnent erst bei der übernächsten Ausgabe mit der richtigen Adresse bedient wird. Eine allfällige diesbezügliche Beanstandung soll also grundsätzlich erst bei der zweiten der der Mutation folgenden Ausgabe erfolgen.
5. **Anfragen und Reklamationen** sind in jedem Fall direkt an die **Walter-Verlag AG, Abt. EDV, 4600 Olten 1**, zu richten (Telefon 062-21 76 21).



Besinnliches

Nichts ist schöner, nichts zeugt von grösserer Bildung, als grobes Schelten ruhig zu ertragen. Wenn der Gescholtene gar nicht so tut, als ob er gescholten wird, dann ist der Scheltende der Gescholtene.
Karl Heinemann

Der Geizige gibt tot in einem einzigen Tag mehr aus, als er es lebend in zehn Jahren tat, und sein Erbe mehr in zehn Monaten als er selbst in seinem ganzen Leben.
La Bruyère



Ein wertvolles immer beliebteres

Geschenk

HANDGEMALTE
FAMILIENWAPPENSCHIEBEN

Eigenes Wappenarchiv
Butzenscheiben, moderne Glasmalereien
Verlangen Sie unseren Farbprospekt.

GLASMALEREI ENGELER
9204 ANDWIL SG bei Gossau, Tel. 071/85 12 26





safe-design ag plant und baut

- Tresoranlagen, Panzertüren, Nachttresore, Rohrpostanlagen, Schalteranlagen nach individuellen Bedürfnissen
- Wirtschaftliche elektronische Safesteuerungen für Anlagen jeder Grösse
- Kassen- und Panzerschränke, feuersichere Schränke (div. Sicherheitsstufen), Büromöblierungen

Eigene Fabrikation in modernsten Werkstätten mit vielen Spezialisten für die Bearbeitung aller Bankeinrichtungs-Probleme

safe-design ag 6343 Rotkreuz
Haus Raiffeisenbank Tel. 042/6410 22



Hauert

DÜNGER

**erprobt, umweltfreundlich,
natürlich,
erhältlich in Gärtnereien
und im Fachhandel.**

Verbands- und Vereinsreisen:

**Mit Kuoni wird eine
Verbands- und Vereinsreise nicht teurer.
Aber organisierter.**



660 C 777

Rufen Sie uns an, damit wir Sie überzeugen können. —
Auskunft und Anmeldung in Ihrer Kuoni-Filiale oder bei
Kuoni AG, Verbands- und Vereinsreisen, 8037 Zürich,
Tel. 01-44 12 61.



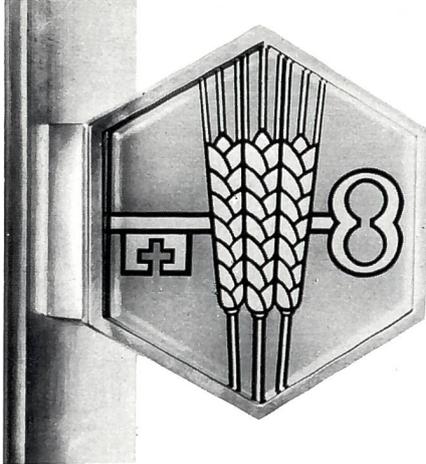
Ihr Ferienverbesserer

**Verlangen Sie speziell
KUONI-Reisen in jedem
Reisebüro.**



BIGLER
Sicherheitselektronik
für
Schutz
und
Sicherheit

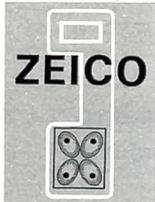
WERNER BIGLER AG
8888 Mels-Plons
Tel. 085 2 47 35



Türgriff
mit dem Raiffeisensignet
in Originalfarben

Attraktiv
Werbewirksam
in Aluminium / Plexiglas

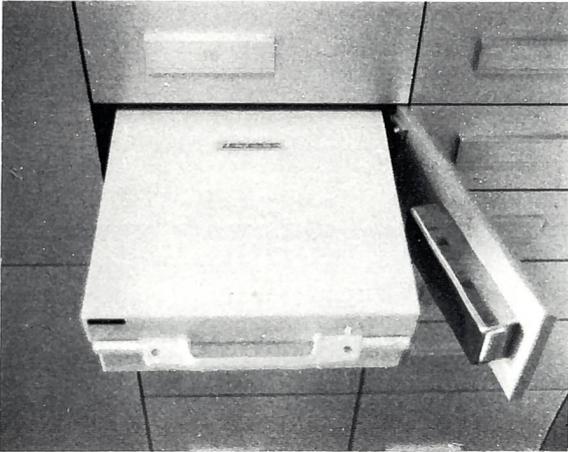
Lieferant:
Gebr. Zehnder AG
Metallbau
5430 Wettingen
Tel. 056 26 75 79



ZEICO

Bankeinrichtungen

Glanzenbergstrasse 10
CH-8953 Dietikon
Telefon 01 740 30 00



ZEITER & Co.

Schalteranlagen
Tresoranlagen
Nachttresor-Anlagen
Kassenschränke
Panzerschränke

Werben
Sie
für neue
Abonnenten
des
Schweizer
Raiffeisen-
boten

Zu verkaufen, neuere

Schalter-Anlage Fabr. Bauer

bestehend aus: – Unterbau mit 1 Schalterkassette und 2 Schubladenstöcken
Platte Naturstein, heizbar
– Prospektfächer
– Panzerglas
– Beleuchtungskanal

Grösse: Breite 180 cm, Höhe ab B bis OK Beleuchtung 226 cm
Komplett Fr. 8000.–

Raiffeisenkasse Ingenbohl, 6440 Ingenbohl, Tel. 043 31 21 51



**Fahnen
Flaggen
Masten**

und alles, was zur
guten Beflaggung
gehört,
Ihr Spezialist

Heimgartner
9500 Wil SG
Telefon 073 / 22 37 11

**Hier
ist Ihr
Inserat
erfolgreich!**